

Stenographischer Bericht

über die

43. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 26. April 1923.

Inhalt:

Seite

Personalien:

Rücklegung der Abgeordnetenmandate seitens der Abgeordneten Felix Kobald, Franz Rieckh und Dr. Otto Dungereu	1126
Angelobung der Abgeordneten Raimund Alder, Dr. Franz Kamniker und Dr. Ferdinand Eger	1126
Beurlaubung des Abgeordneten Richard Lang	1126
Abwesenheitsanzeige der Abgeordneten Max Enserer und Karl Pigl	1126
Wahl eines Ordners, je eines Mitgliedes des Eisenbahn- und des Straßen- und Brückenbauausschusses und je eines Ersatzmannes des Landeskultur- und des volkswirtschaftlichen Ausschusses an Stelle des Abg. Franz Rieckh	1127
Wahl eines Mitgliedes des volkswirtschaftlichen Ausschusses an Stelle des Abgeordneten Felix Kobald	1127
Wahl eines Schriftführers, je eines Mitgliedes des Finanz- und Gemeinde- und Verfassungsausschusses und eines Ersatzmannes des Fürsorgeausschusses an Stelle des Abgeordneten Dr. Otto Dungereu	1127

Mitteilungen:

Rückziehung des Auslieferungsbegehrens des Bezirksgerichtes Graz gegen den Abgeordneten Ulrich Möffl	1126
Rückziehung der Vorlagen Nr. 266, 267, 268 und Erledigung des Berichtes der Landesregierung, betreffend den Einspruch der Bundesregierung gegen die beschlossene Hausbesorgerordnung	1126

Aufgabe:

Beilagen Nr. 384 bis 387	1127
------------------------------------	------

Zuweisungen:

Zuschrift des Bezirksgerichtes Bruck, betreffend die strafgerichtliche Verfolgung des Abgeordneten Fritz Krawagna an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	1126
Beilage Nr. 384 an den Landeskulturausschuß	1127
Beilagen Nr. 385 und 387 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	1127
Nichtgedruckter Antrag der Abgeordneten Gartner, Witzany, Ferner und Genossen, betreffend die Regulierung des Sulmflusses an den Straßen- und Brückenbauausschuß	1127
Nichtgedruckte Berichte der Landesregierung an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß und an den Finanzausschuß	1127

Verhandlungen:

Beilage Nr. 386 (374). Bericht des Finanzausschusses.	
Hauptberichtersteller: Abg. Spak	1130
Allgemeine Erörterung.	
Redner: Landesrat Prisching	1132
Abg. Gföller	1134
„ Schreckenthal	1138
Landesrat Sübler	1146

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis).

Anfragen (siehe Verzeichnis).

Tagesordnung der nächsten Sitzung 1149

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Kölbl, Dr. Kammerer und Genossen auf Bewilligung eines Förderungsbeitrages an den Deutschen Schulverein in Steiermark für die Errichtung von Schulbauten an der südslowischen Grenze.

Anfragen:

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franz Kamniker, Dr. Hübler, Dr. Eger und Genossen an den Landeshauptmann, Erschwernisse im kleinen Grenzverkehre an der steirisch-jugoslawischen Grenze betreffend.

Dringliche Behandlung.

Begründung: Abg. Dr. Kamniker 1127

Redner: Präsident Kölbl 1129

Abg. Wihany 1130

Beantwortung durch den Landeshauptmann 1130

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: die Präsidenten Kölbl und Regner.

Schriftführer: die Abgeordneten Johann Leichin, Franz Wihany, Raimund Riemelmoser und Dr. Ferdinand Eger.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Ich eröffne die 43. Sitzung des hohen Landtages.

Vorerst habe ich folgendes mitzuteilen:

Die Abgeordneten Felix Kobald, Franz Rieckh und Dr. Otto Dungen haben angezeigt, daß sie ihre Mandate als Landtagsabgeordnete zurücklegen. An ihre Stelle wurden die Abgeordneten Raimund Alder, Dr. Franz Kamniker und Dr. Ferdinand Eger zur heutigen Sitzung eingeladen.

Ich ersuche die Genannten, durch die Worte: „Ich gelobe!“ unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

(Die Abgeordneten Raimund Alder, Dr. Franz Kamniker und Dr. Ferdinand Eger leisten die Angelobung.)

Der Abgeordnete Richard Lang hat um einen vierwöchigen Urlaub ersucht. Dieser Urlaub wurde ihm bewilligt.

Die Abgeordneten Max Enserer und Karl Pigl haben ihre Abwesenheit wegen Krankheit entschuldigt.

Das Bezirksgericht Bruck hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Friß Krawagna zugestimmt wird.

Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Das Bezirksgericht Graz hat mitgeteilt, daß das Verfahren gegen den Herrn Abgeordneten Ulrich Mössl wegen Verjährung eingestellt wurde.

Es wurde eine dringliche Anfrage eingebracht, und zwar von den Abgeordneten Dr. Franz Kamniker, Dr. Hübler, Dr. Eger und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend Erschwernisse im kleinen Grenzverkehre an der steirisch-jugoslawischen Grenze.

Ich werde diese dringliche Anfrage, welche die erforderliche Anzahl Unterschriften aufweist, zu Beginn der Tagesordnung zur Erledigung bringen.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat mitgeteilt, daß die Anträge der Abgeordneten Oberzaucher und Genossen, Beilage Nr. 266, betreffend die Forderung nach Änderung der Vollzugsanweisung bezüglich der Anforderung von Wohnungen durch Gemeinden und Abänderung der Ministerialverordnung über den Schutz der Mieter, ferner die Beilagen Nr. 267 und 268, betreffend die Abänderung der Kundmachung der Landesregierung, betreffend das Wohnungsanforderungsrecht der Gemeinden, zurückgezogen wurden.

Den Bericht der Landesregierung, betreffend den von der Bundesregierung eingebrachten Einspruch gegen den Gesetzesbeschluss des Landtages vom

4. März 1922, womit eine Hausbesorgerordnung für das Land Steiermark erlassen würde, hat der Gemeinde- und Verfassungsausschuß als durch das mittlerweile erlassene Bundesgesetz, betreffend die Erlassung einer Hausbesorgerordnung, erledigt erklärt.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 384 bis 387.

Zugewiesen werden:

Beilage Nr. 384 (verliest die Überschrift) an den Landeskulturausschuß;

Beilage Nr. 385 und 387 (verliest die Überschriften) an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß.

Ohne Drucklegung wurden zugewiesen:

über Wunsch der Antragsteller:

der Antrag der Abgeordneten Gartner, Wikany, Ferner und Genossen, betreffend die Regulierung des Sulmflusses im Gebiete der Gemeinde Heimschuh im Bezirke Leibnitz, dem Straßen- und Brückenbauausschuße;

der Bericht der Landesregierung, betreffend die nachträgliche Genehmigung der Aufnahme von Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds für Bauzwecke durch die Stadtgemeinde Graz, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuße;

der Nachtragsbericht der Landesregierung zur Beilage Nr. 376, betreffend die Einbeziehung des Landesschulfonds, des Pensionsfonds für Lehrerinnen weiblicher Handarbeiten und des Normalschulfonds, sowie des Landesarmenfonds in den Landesfonds, dem Finanzausschuße;

endlich der Bericht der Landesregierung, betreffend die Aufnahme privater Darlehen für das städtische Verfaß- und Versteigerungsamt in Graz, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuße.

Ist zu dieser Zuweisung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung stelle ich zunächst die

Wahl eines Ordners, eines Mitgliedes des Eisenbahnausschusses, eines Mitgliedes des Straßen- und Brückenbauausschusses, eines Erfahmannes des Landeskulturausschusses und eines Erfahmannes des volkswirtschaftlichen Ausschusses an Stelle des Abgeordneten Franz Rieckh;

eines Mitgliedes des volkswirtschaftlichen Ausschusses an Stelle des Abgeordneten Felix Kobald;

eines Schriftführers, eines Mitgliedes des Finanzausschusses, eines Mitgliedes des Gemeinde- und Ver-

fassungsausschusses und eines Erfahmannes des Fürsorgeausschusses an Stelle des Abgeordneten Dr. Otto Dungen.

Zu einem Wahlvorschlage erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Hübler das Wort.

Landesrat Dr. Hübler: Die Großdeutsche Volkspartei schlägt für die Wahl eines Ordners den Abgeordneten Raimund Alder, in den Eisenbahnausschuß den Abgeordneten Dr. Franz Kamniker als Mitglied, in den Straßen- und Brückenbauausschuß als Mitglied den Abgeordneten Dr. Franz Kamniker, in den Landeskulturausschuß als Erfahmann den Abgeordneten Raimund Alder und in den volkswirtschaftlichen Ausschuß als Erfahmann den Abgeordneten Dr. Ferdinand Eger vor.

ferner für die Wahl eines Mitgliedes in den volkswirtschaftlichen Ausschuß den Abgeordneten Raimund Alder,

und endlich für die Wahl eines Schriftführers den Abgeordneten Dr. Ferdinand Eger, eines Mitgliedes des Finanzausschusses den Abgeordneten Dr. Ferdinand Eger, eines Mitgliedes des Gemeinde- und Verfassungsausschusses den Abgeordneten Dr. Franz Kamniker und eines Erfahmannes in den Fürsorgeausschuß den Abgeordneten Raimund Alder vor.

(Die Wahlvorschläge werden in getrennter Abstimmung angenommen.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Es gelangt nunmehr zur Verhandlung die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Franz Kamniker, Dr. Hübler, Dr. Eger und Genossen in Angelegenheit der Erschwernisse im kleinen Grenzverkehr an der steirisch-jugoslawischen Grenze.

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kamniker das Wort.

Abgeordneter Dr. Kamniker: Hohes Haus! Der Friedensvertrag von St. Germain hat eine Trennung jener Wirtschaftsgebiete im steirischen Grenzlande zur Folge gehabt, welche durch jahrhundertelange Beziehungen unlöslich miteinander verbunden waren. Wenngleich seinerzeit von der Friedenskonferenz in Paris der österreichischen Vertretung die Versicherung gegeben wurde, daß der nach dem Friedensvertrage eingesetzte Grenzregulierungsausschuß diese wirtschaftlichen Fragen regeln wird, so hat sich die Bevölkerung in der Arbeit dieses Grenzregulierungsausschusses bitter getäuscht gesehen. Es mußten statt von diesem von seiten unseres Staates und von seiten des Landes Steiermark jene Vorkehrungen getroffen

werden, welche imstande sind, der Bevölkerung jene wirtschaftliche Förderung angeeignet zu lassen, die notwendig ist, um den Verkehr der Bevölkerung jenseits und diesseits der Grenze aufrechtzuerhalten. Eines ist sicher! Das wirtschaftliche Leben an der Grenze muß weiter bestehen! Im Volke — weder da noch dort — besteht ein Haß untereinander, sondern die Absicht, unter allen Umständen wirtschaftlich zu leben, um die Schäden des Krieges wieder zu heilen. Es haben demnach das Länderzentralbureau und die nationalpolitische Abteilung der Landesregierung, sowie der aus der Grenzbevölkerung zusammengesetzte Arbeitsausschuß in unzähligen Eingaben und unzähligen Verhandlungen die Forderung der steirischen Grenzbevölkerung nach Aufrechterhaltung des sogenannten kleinen Grenzverkehrs erhoben und hauptsächlich auf diesem Gebiete ihre Tätigkeit entwickelt. Es kam zwar im Jahre 1920 zu Vereinbarungen zwischen dem damaligen Leiter des Länderzentralbureaus in Graz und dem Präsidenten der slowenischen Landesregierung in Laibach. Doch diese Vereinbarungen blieben nur sehr kurze Zeit, ich glaube kaum 14 Tage, in Kraft. Auch spätere Vereinbarungen, welche Vertreter der nationalpolitischen Abteilung mit der slowenischen Landesregierung getroffen haben, wurden von der slowenischen Landesregierung nicht ratifiziert. Endlich gelang es im Februar 1922 zu Belgrad zwischenstaatliche Verhandlungen aufzunehmen, welche von den Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierung und der Grenzbevölkerung beschickt waren; es kam schließlich und endlich ein Rahmenentwurf zustande, der den kleinen Grenzverkehr beinhaltete. Doch ein halbes Jahr verging, bis dieses Abkommen ratifiziert wurde. Es war dies im August 1922. 14 Tage hernach trat jene Kommission zusammen, welche diesem Vertrage erst innerliches Leben geben sollte, und nun dauerte es bis zum Oktober, bis in Graz ein Protokoll aufgenommen wurde, in welchem alle Verhältnisse, welche noch im Rahmen dieses Grenzverkehrsabkommens einer Regelung bedurften, behandelt und geregelt wurden. Auch dieses Protokoll ist bis heute noch nicht ratifiziert, trotzdem wiederum seither ein halbes Jahr ins Land gegangen ist. Der Bundeskanzler hat gelegentlich der politischen Besprechungen in Belgrad Ende Februar in dankenswerter Weise die Interessen der Grenzbevölkerung vertreten und dort wieder mit der serbischen Staatsregierung Verhandlungen gepflogen. Wir müssen es bedauern, daß bei diesen Verhandlungen, wo zwar Fachreferenten der Ministerien anwesend waren,

ein Vertreter der nationalpolitischen Abteilung der Landesregierung nicht zugezogen wurde, weil manches vielleicht, wenn ein kenntnisreicher Vertreter unseres Grenzlandes anwesend gewesen wäre, leichter und eher erreicht worden wäre und vielleicht ein besseres Ergebnis hätte erzielt werden können. Bezüglich des Grenzverkehrs wurde offiziell die Erklärung seitens der serbischen Regierung abgegeben, daß die Bestimmungen des Grazer Protokolls vom 15. Oktober 1922 tatsächlich unter allen Umständen eingehalten werden, auch wenn sie noch nicht ratifiziert worden sind, daß bereits entsprechende Weisungen an die Unterbehörden hinausgegeben worden seien und daß in kurzer Frist auch die Ratifizierung durchgeführt werden würde. Trotz dieser Versicherung ist beinahe zu gleicher Zeit, und das ist der Kernpunkt der heutigen Anfrage, am 27. Februar 1923 ein Erlaß der Generalzolldirektion in Belgrad hinausgegangen, welcher entgegen der bisherigen Übung den Grenzzollämtern verbot, gewisse Waren, welche im Grenzverkehr von Österreich nach Jugoslawien gebracht werden, zu verzollen, und verfügte, daß diese Verzollung im Hauptzollamte in Marburg zu erfolgen habe. Dieser Erlaß steht, wie ich nachweisen will, in direktem Widerspruch mit dem Inhalte der einvernehmlich festgelegten Vereinbarungen, die im Grazer Protokoll vom 15. Oktober 1922 niedergelegt sind. Es heißt dort ausdrücklich, daß als Grenzübertrittsstellen der ersten Gruppe Radkersburg, Mureck und Spielfeld bestimmt werden und daß auf diesen Wegen nicht allein alle Personen mit legalen Legitimationen die Grenze überschreiten dürfen, sondern auf diesen Wegen alle in diesem Übereinkommen aufgezählten Gegenstände sowie auch alle übrigen Waren befördert werden können. Es heißt weiters aber in diesem Protokoll ausdrücklich, daß die Ausfuhr jeder Art von Waren, mit Ausnahme verbotener Waren, gegen vorherige Anmeldung gestattet ist. Trotz dieser Bestimmungen wurde seit einem Monat im Grenzabschnitte Radkersburg keine Ware hinübergelassen, die einen höheren Wert als 10 Dinar, das sind ungefähr 7000 K, repräsentiert. Damit ist Handel und Gewerbe im Grenzgebiete, namentlich im Gebiete von Radkersburg, völlig für den Grenzverkehr lahmgelegt worden. Ich bemerke ausdrücklich und es ist festzustellen, daß die Behandlung dieses Erlasses gerade von der Generalzolldirektion in Belgrad in verschiedenen Grenzgebieten eine ganz andere ist. Nach meinen Informationen wird dieser Erlaß der Generalzolldirektion Belgrad in den Abschnitten von Mureck und Spielfeld gar

nicht gehandhabt, sondern lediglich nur in dem Gebiete, welches zum Abschnitte Radkersburg gehört. Nun können Sie sich, meine Damen und Herren, leicht vorstellen, daß, wenn nach jahrelangem Mühen endlich eine Vereinbarung über den Grenzverkehr zustande kam und jetzt, trotz dieser Vereinbarung, eine derartige Drosselung des kleinen Grenzverkehrs erfolgt, dies dann schwere wirtschaftliche Schäden zur Folge haben muß und insbesondere Handel und Gewerbe in diesem Gebiete getroffen sind. Es sind mir unzählige Fälle bekannt, ich will den hohen Landtag mit der Aufzählung nicht ermüden; seitens des Herrn Landeshauptmannes und der nationalpolitischen Abteilung der steirischen Landesregierung ist allerdings alles getan worden, was im Interesse der steirischen Grenzbevölkerung notwendig ist. Wir vermissen aber jene fürsorgliche Behandlung seitens der Bundesregierung und insbesondere seitens des Auswärtigen Amtes, die notwendig ist, in der Zeit der wirtschaftlichen Depression unser ohnedies schwer betroffenes Grenzland zu schützen. Die Grenzbevölkerung muß daher unter diesen Umständen den hohen Landtag anrufen, und insbesondere den Herrn Landeshauptmann, daß er mit dem Vollgewichte seiner Persönlichkeit im Namen des Landtages an die Bundesregierung herantritt. Die Grenzbevölkerung muß fordern die Ratifizierung des Protokolls vom 15. Oktober und die Aufhebung der Verfügung der Generalzolldirektion in Belgrad vom Februar 1923. Sie muß aber auch fordern, daß man der Grenzbevölkerung endlich diejenigen Erleichterungen gewährt, die die Wirtschaft erfordert, sie muß aber auch fordern, daß endlich jene Sonderübereinkommen, deren Entwürfe von den österreichischen Unterhändlern in Belgrad vorgelegt wurden und welche eine Reihe von wichtigen wirtschaftlichen Fragen betreffen, wie Straßen, Brücken, Überfuhren, Telephon, Murregulierung, Schulerhaltung, kirchliche Angelegenheiten, Elektrizitätsversorgung, Ausnützung der Wasserkräfte, Arbeiter usw., endlich in Behandlung gezogen werden. Die Grenzbevölkerung muß aber auch verlangen, daß die im Artikel VIII vorgesehene Bestellung von Bevollmächtigten, welche kleine Schwierigkeiten im Grenzverkehr sofort an Ort und Stelle durch Augenschein zu beheben haben, endlich erfolge. Es ist aber auch eine Notwendigkeit und von großer Bedeutung, daß die nationalpolitische Abteilung, namentlich nach Auflösung des Bundeszentralbureaus in Graz nicht nur aufrechterhalten bleibt, sondern auch ausgestaltet wird, damit sie tatsächlich eine Zentralstelle für alle Angelegenheiten des steiri-

schen Grenzlandes sein kann. Es muß aber auch die Forderung erhoben werden, und damit glaube ich, sind wir völlig eins mit der Landesregierung, daß bei allen Verhandlungen, welche in Angelegenheit unseres Grenzlandes stattfinden, nicht nur Vertreter der nationalpolitischen Abteilung, sondern auch Vertreter der bodenständigen Bevölkerung, Experten, wie das tatsächlich in Belgrad der Fall war, beigezogen werden.

Unter Hinweis auf diese Ausführungen stellen wir an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage (liest):

„1. Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, im dringlichen Wege bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ehestens an die Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen herantrete, um die Aufhebung dieser den kleinen Grenzverkehr sowie Handel und Gewerbe schädigenden Verordnung der Generalzolldirektion in Belgrad zu erwirken?“

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung nachdrücklich den Wunsch der gesamten steirischen Grenzbevölkerung zu vertreten, daß die Bundesregierung bei der Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen dahin wirke, die zugesagten Beratungen über jene Sonderabkommen, die seit Februar 1922 der Erledigung harren und für den kleinen Grenzverkehr von Bedeutung sind, ehestens aufzunehmen und der Erledigung zuzuführen?“

3. Ist endlich der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß diesen Beratungen Vertreter der nationalpolitischen Abteilung der steirischen Landesregierung und Vertreter der Grenzbevölkerung beigezogen werden, auf daß jene Stellen, welche mit den Grenzverhältnissen vertraut und unmittelbar durch sie berührt sind, Gelegenheit finden, die Wünsche der steirischen Grenzbevölkerung zu Gehör zu bringen?“ — (Beifall.)

(Präsident Regner hat inzwischen den Vorsitz übernommen.)

Vorsitzender Präsident Regner: Zum Worte gelangt Herr Präsident Kölbl. Ich erteile ihm das Wort.

Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich kann den Antrag des Herrn Vorredners nur auf das wärmste unterstützen, denn als Vertreter der Grenzbevölkerung habe ich ebenfalls Gelegenheit genug gehabt im Laufe der Jahre, die wir jetzt bereits in Verhandlungen mit Jugoslawien stehen, den ganzen Verlauf dieser Angelegenheit zu beobachten. Und ich habe auch konstatiert, daß es zwar an Versprechungen nicht gefehlt hat, daß es aber leider bis jetzt ganz an der Durch-

führung und Einhaltung dieser Versprechungen gefehlt hat. Ich muß leider konstatieren, daß die Grenzbevölkerung unter diesen fortwährenden Schikaniierungen und Absperrungsmaßnahmen von Seite Jugoslawiens auf das schwerste leidet und auch ihr ganzes Wirtschaftsleben dadurch ungeheuer gefährdet ist und schweren Schaden leidet. Ich kann daher den Antrag nur auf das wärmste unterstützen und den Herrn Landeshauptmann bitten, daß er allen seinen Einfluß aufbieten möge, daß von Seite der Zentralregierung in Wien endlich mit aller Energie daran gegangen wird, den SHS-Staat daran zu mahnen, daß er seine Versprechungen, die wir im Laufe der Jahre in reichlichem Maße erhalten haben, endlich auch einlöse.

Insbesondere möchte ich mich auch anschließen der Forderung, daß zu eventuellen Besprechungen und Verhandlungen auch Vertreter der Grenzbevölkerung beigezogen werden. Ich zweifle nicht an dem guten Willen der Wiener Regierung, unseren Forderungen gerecht werden zu wollen und der guten Sache zum Durchbruch zu verhelfen; aber ich bin der Ansicht, daß es vielfach an der entsprechenden Einsicht in Wien fehlt, daß derjenige, der weiß vom Schuß ist, der diese Bedrückung und die Schikaniierungen der Grenzbevölkerung nicht selbst mitgemacht hat, der nicht selbst mit unter der Bevölkerung leidet, nicht imstande ist, das Gefühl aufzubringen für die Lage, in der sich die Grenzbevölkerung befindet. Deshalb finde ich diese Forderung nach Beiziehung von Vertretern der Grenzbevölkerung nur zu sehr berechtigt. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, bei seinen Vorträgen in Wien darauf sein Hauptaugenmerk zu lenken. (Beifall.)

Abgeordneter Ing. **Wigany**: Hohes Haus! Auch meine Partei unterstützt selbstverständlich diese dringliche Anfrage der großdeutschen Volkspartei und schließt sich voll und ganz den Ausführungen der beiden Herren Vorredner an. Ich möchte nur in Erinnerung bringen, daß wir aus denselben Gründen vor ungefähr einem Jahre gezwungen waren, im steirischen Landtage eine diesbezügliche Anfrage zu stellen. Es ist eigentlich traurig, festzustellen, daß der steirische Landtag nach einem weiteren Jahre wieder gezwungen ist, an die jugoslawische Zentralregierung den Appell zu richten, das, was sie versprochen hat, auch tatsächlich zu halten. Es wird notwendig sein, daß die Ansicht, die heute hier im Landtage zum Ausdruck kommt, auch von der Wiener Zentralregierung gehört wird und daß die Wiener Zentralregierung daran schreibe, auch tatsächlich Abhilfe zu schaffen.

Landeshauptmann **Dr. Rintelen**: Der Herr Interpellant hat in loyaler Weise anerkannt, daß die

Landesregierung bestrebt war, den großen Schwierigkeiten, die sich ergeben, Rechnung zu tragen. Es ist ihm das bekannt aus gemeinsamer Arbeit und Beratung. Ich bin dem Herrn Interpellanten auch dankbar dafür, daß er mich auf diese neuerlichen Beschwerden aufmerksam gemacht hat, und ich möchte nur bezüglich der Bundesregierung darauf hinweisen, daß es bekannt ist, daß aus verschiedenen Gründen die Wiener Bundesregierung bei der Beratung und Durchsetzbarkeit ihrer Wünsche auf große Hindernisse stößt. Ich möchte insbesondere darauf hinweisen, daß ich mich der Anregung anschließe, daß bei solchen Verhandlungen die Mitarbeit von Vertretern der Grenzbevölkerung, insbesondere mit Rücksicht auf Fragen des Details, von besonderer Fruchtbarkeit sein kann. Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Interpellanten an und erkläre mich bereit, im Sinne der Interpellation bei der Wiener Bundesregierung vorstellig zu werden, wie ich auch damals, als der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel nach Belgrad gefahren ist, denselben auf die Wünsche der Bevölkerung aufmerksam gemacht habe bezüglich des Grenzverkehrs und in der Frage der Sequestrierungen, und ihn um dringliche Vertretung unserer Interessen und besonders um Berücksichtigung dieses Punktes gebeten habe.

(Präsident **Kölbl** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die

Beratung über den Voranschlag des steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1923,

und zwar zuerst Generaldebatte. Als erstem Redner und Berichterstatter des Finanzausschusses erteile ich dem Herrn Abgeordneten **Spak** das Wort.

Hauptberichterstatter des Finanzausschusses **Spak** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat mich beauftragt, dem hohen Hause den Bericht über den Landesvoranschlag für 1923, der uns viele Wochen in Anspruch genommen hat, vorzulegen. Ich möchte die Gelegenheit benützen, dem Berichte ein paar allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken. Wir stehen am Ende des vierten Kalendermonats. In dem Augenblicke, wo die Abstimmung stattfinden wird, ist ein gutes Drittel dessen, was wir in diesen Tagen beschließen und bewilligen sollen, bereits verausgabt. Wir können also, wenigstens für einen Teil des Jahres, von einem „nachträglichen Voranschlag“ sprechen, ein Widerspruch in sich selbst. Wir sind aber unter den Späten noch immer die ersten, denn der Bundesvoranschlag steht noch immer im Budgetausschuß, und auch die Gemeinde Graz wird

erst in der zweiten Mithälfte ihren Voranschlag beraten. Dieser weder ideale noch sympathische Zustand wäre in normalen Zeiten gewiß tadelnswert und müßte vermieden werden. So weit sind wir aber heute noch nicht. Wir stehen mittendrin im Aufbau und Umbau, alles fließt, manches ist im Werden und aus dem Chaos, in das wir im Vorjahre zu stürzen drohten, treten langsam feste Formen hervor. Wir sind aus dem Strudel, in den uns der Kronensturz gerissen hat, wieder glücklich ans rettende Ufer gekommen. Dies ist ein gewaltiger Fortschritt. Ich möchte nur kurz an den Sommer und Herbst des Vorjahres erinnern, das eine furchtbare Umwälzung aller Preise und Löhne brachte, nicht einmalig, sondern wiederholt, immer rascher und immer größer. Was jeder Geschäftsmann und jeder Haushalt spürte, das machte sich in der weitverzweigten Landesverwaltung umso stärker fühlbar, so daß der vorjährige Voranschlag bald überholt und veraltet war. Seine Ziffern erscheinen zwerghaft gegenüber den Riesenanforderungen, die in der zweiten Hälfte und namentlich gegen Schluß des Vorjahres an das Land herantraten. Denn inzwischen war die Milliarde fast zur Rechnungseinheit geworden, wie wir dies jetzt auch bei den Bankbilanzen sehen.

Der neue Voranschlag bewegt sich ebenfalls in Milliardenziffern.

Diese riesigen, fast astronomischen Zahlen erschweren die Handhabung und schaden der Übersichtlichkeit. Wir hätten das vermeiden können, und es war auch anfangs geplant, das Budget in Goldkronen aufzustellen. Dies erwies sich später als nicht notwendig, da unsere Papierkrone seit vorigem Herbst stabil ist und wieder als verlässlicher Wertmesser dienen kann. Diese Rückkehr zur Papierkrone zeigt schon den Wandel der Dinge, der seit dem Vorjahre eingetreten ist. Die Stabilisierung des Kronenkurses, die erste erfreuliche Folge des Genfer Werkes, ist von unschätzbarem Vorteil für das Wirtschaftsleben. Die Festigkeit des Geldwertes, den die Nationalbank im Auftrage der Regierung freu hütet, hat auch uns ermöglicht, einen verlässlichen Voranschlag auszuarbeiten, dessen Ziffern nicht eine zwecklose Verschwendung von Papier und Tinte, sondern reelle Zahlen sind, die ernst genommen werden müssen. Das danken wir der Stabilisierung der Krone, die wir erst dann richtig einschätzen, wenn wir auf unsere westlichen und östlichen Nachbarn blicken. Deutschland und Ungarn haben in den letzten Monaten einen gewaltigen Sturz ihrer Währungen erlebt und müssen jetzt die Folgen dieses bitteren Kelches auskosten, die uns noch vom Vorjahre in grauenhafter Er-

innerung stehen. Unsere Nachbarn machen alle Anstrengungen, um dem Unheil zu entkommen. Man hört von Kohlenleihe, Weizenwährung und anderen Mitteln, um dem Schwanken und Sinken der Währung auszuweichen. In Ungarn erwägt laut neuesten Meldungen sogar schon das staatliche Noteninstitut den Plan, seinen ausgeliehenen Geldern die Wertbeständigkeit zu sichern. All diese Versuche können aber nicht den Erfolg zeitigen, den wir der Stabilität des Kronenkurses zu verdanken haben. Dieser große Unterschied und Fortschritt gegenüber den Vorjahren hat mich veranlaßt, den Zusammenhang zwischen Kronenstabilisierung und Voranschlag stärker hervorzuheben.

Da wir durch die Stabilisierung der Krone zu einem normalen Haushalt zurückgekehrt sind, so können wir eine Gegenüberstellung von einer Normalbudgetierung der Friedenszeit in Vergleich ziehen, und ich erlaube mir dem hohen Hause einige solche Ziffern des Jahres 1914, valutarisch umgerechnet dem heutigen Kronenstand, vorzulegen. Der Voranschlag 1923 hat ein Gesamterfordernis von 208.721,858.000 K mit einer Bedeckung von 128.753,403.000 K, so daß ein Abgang von 79.968,455.000 K ist, der größtenteils durch die restlichen Bedeckungsvorschläge behoben wird, so daß nur ein unbedeckter Abgang von 13.268,455.000 K übrig bleibt. Wenn ich nun den Abgang von 1914 nach dem heutigen Kronenwert umrechne, so schließt dasselbe mit einem Abgang von 197.757,518.800 K, wobei ich bemerke, daß ich nur das heutige Steiermark in Berechnung gezogen habe. Das hohe Haus sieht daraus, daß der Haushalt des Landes jetzt ein viel besserer ist und wir mit Genugtuung auf unsere Verwaltung blicken können.

Die stärkste Belastung des Voranschlages bildet Kapitel 6, Bildungswesen, mit einem Erfordernisse von 92.952,636.000 K, wovon die Volksschule allein 82 Milliarden benötigt. Valutarisch umgerechnet wäre das Erfordernis von 1914 151.772,140.000 K gewesen.

Das nächste hohe Kapitel, Wohltätigkeits-, Sanitäts- und Fürsorgezwecke, erfordert 69.457,377.000 K, dem ein Friedenserfordernis von 136.768,600.000 K gegenübersteht, dann folgen Landesverwaltung mit 9.451,170.000 K, im Friedensbudget 9.242,913.000 K, die Landeskultur mit 4.974,360.000 K, Realitäten und Unternehmungen mit 9.187,425.000 K. Auf diese fünf Kapitel entfallen zusammen 174.146,977.000 K, also mehr als zehn Zwölftel des Gesamterfordernisses von rund 208 Milliarden.

Ich erlaube mir noch zu bemerken, daß wir bei der Aufstellung des Erfordernisses nur den dringendsten Bedürfnissen Rechnung getragen haben und läßt sich an der Bildung und Erziehung der Jugend, an den Kranken, Irren und Siechen, der schutzbedürftigen Jugend, am Straßen- und Eisenbahnbau, an dem landwirtschaftlichen Bildungswesen nichts mehr ersparen. Dabei wäre hervorzuheben, daß gerade im Referat des Herrn Landesrates Machold bei den Krankenhäusern im Wege des Abbaues und in der Reform der Verwaltung bedeutende Ersparungen vorgenommen wurden, wodurch das Erfordernis im Verhältnis zum Frieden bedeutend herabgesetzt wurde. In ähnlicher Weise wurden in allen Landesanstalten Ersparungen getroffen und wird ja das hohe Haus einen Bericht von der Abbaukommission noch erhalten. Wir haben uns ganz dem Sanierungsprogramm angepaßt und steht vielleicht Steiermark in der Reform der Verwaltung und Ersparungen an der Spitze, ohne daß dabei das Fundament der Volkswirtschaft erschüttert worden wäre. Von der Überzeugung ausgehend, daß die ganze Zukunft des Volkes von einer guten Volksschule abhängt, haben sämtliche Parteien des Finanzausschusses auf dem Gebiete des Schulwesens den Vorschlägen der Landesregierung zugestimmt und ist auch den Forderungen der steirischen Lehrerschaft beinahe restlos stattgegeben worden, da wir der Überzeugung sind, daß nur zufriedene Lehrer ihr bestes Wissen und Können unseren Kindern geben werden. Daß Mißbräuche in der Schule abgestellt werden müssen, ist ja ganz selbstverständlich und wird uns ja das Schulaufsichtsgesetz Gelegenheit geben, Verbesserungen durchzuführen. Auch für den gewerblichen Nachwuchs und für die Förderung desselben ist im heurigen Budget bedeutend Rechnung getragen worden, um die Fortbildungsschulen zu stützen, aber es wird auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Fortbildungsschulgesetz im heurigen Herbst noch erledigt wird. Wir verlangen eine Reform der Fortbildungsschule, um auch diese Schule den heutigen modernen Bedürfnissen anzupassen. In den übrigen Kapiteln hat man nach Möglichkeit den Bedürfnissen des Referates Rechnung getragen und mußte man sich eben auch den Einnahmen des Landes anpassen. Auf dem Gebiete der Subvention ist im heurigen Jahre viel geändert worden, indem man sämtliche Posten unter 500.000 K gestrichen hat. Eine Valorisierung der im Vorjahre eingesehten Beträge ist infolge der mizlichen Finanzlage des Landes nicht möglich, und muß es den künftigen Jahren überlassen werden, bei Besserung der

Landesfinanzen den Gesuchen stattzugeben. Die Parole der jetzigen Verwaltung muß eben das Sparen sein und müssen daher sämtliche Kreise der Bevölkerung Opfer bringen; und bei diesem Punkte will ich auch der Opfer der gesamten Beamtschaft des steirischen Landes gedenken, die in ihren Bezügen noch tief unter dem Friedensgehalt stehen und die trotzdem mit Aufbietung aller Kräfte treue Mitarbeit dem Lande leisten. In der Zeit der Sanierung und des Opfern ist es ganz selbstverständlich, daß sämtliche Kreise der Bevölkerung die Lasten auf sich nehmen müssen, was sich auch in der heurigen Bedeckung auswirkt. Durch das Bundesfinanzverfassungsgesetz ist die Realsteuer dem Lande überlassen worden und so ist diese Steuer zum ersten Male in unserer Bedeckung. Es fordert Opfer sowohl von der ländlichen als auch von der städtischen Bevölkerung, so daß ein Ertrag von zirka 20 Milliarden dem Lande zufließen wird. Ferner wird das Land von den Bundesertragsanteilen und an Valutagewinn aus der Holzausfuhr zirka 40 Milliarden bekommen, so daß wir mit einem unbedeckten Abgang von zirka 30 Milliarden abschließen werden. Dies ist ein kurzes Bild, das ich im Namen des Finanzausschusses über den Voranschlag 1923 zu entwerfen die Ehre hatte, und das hohe Haus kann ersehen, daß wir nicht nur in unserer Währung, sondern auch in der ganzen Verwaltung das Festland der Sicherheit wieder erreicht haben, und bei Zusammenarbeiten sämtlicher Parteien des hohen Hauses wird es uns möglich sein, die steirische Volkswirtschaft in jene Bahnen wieder zu leiten, die uns in der Vorkriegszeit ein glückliches, zufriedenes Leben gegeben haben. In diesem Sinne empfehle ich im Namen des Finanzausschusses den vorliegenden Voranschlag dem hohen Hause zur Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat **Prisching**: Hohes Haus! Kaum jemals war ein Voranschlag des Landes Steiermark von solcher Bedeutung wie der heute vorliegende. Nicht deshalb, weil es der erste Voranschlag ist, den das Land Steiermark auf Grund eigener verfassungsmäßiger Steuerhoheit erstellt, sondern deshalb, weil dieser Voranschlag die Richtlinien nicht bloß für die Verwaltung des Landes in diesem Jahre bieten, sondern auch ein Wegweiser sein soll für eine weite Zukunft. **L e b e n s u n f ä h i g** — dies war das Urteil fast aller über den unförmigen Rest, der von der einstigen Monarchie Österreich übrig gelassen worden ist. Alle Mühe und Sorge galt damals, das Leben dieses zerstückelten Körpers von einem Tage zum andern zu triffen. Voranschläge wurden ja gewohnheitsgemäß ge-

macht, doch jedermann wußte, daß es verlorene Mühe sei, auch nur in die allernächste Zeit vorausblicken zu wollen. Wiederholt drohte, heute kann dies ja gesagt werden, die staatliche Lebensmittelversorgung zu versagen, und die Landesregierung hat gar manche sorgenvolle Stunden der Beratung gewidmet, wie in diesem Falle die unentbehrlichsten Bedarfsartikel für unser Land beschafft werden könnten, ohne dessen politische Selbständigkeit preiszugeben.

Wir brauchen heute das Geständnis nicht zu scheuen, daß wir wiederholt daran waren, den gesamten Besitz des Landes zu verpfänden, ja einzelne wertvolle Stücke zu veräußern, nur um das tägliche Brot sicherzustellen. Ein solcher Rückblick tut heute not, um schätzen zu lernen, was es heißt, zum ersten Male vorausblicken zu können, zwar nicht ganz frei, nicht ganz ohne Sorgen, aber doch mit der zuversichtlichen Hoffnung: Auf diesem Wege mag es uns gelingen!

Furchtbare Opfer mußten gebracht werden, um unser geliebtes Vaterland vor den Greueln des Krieges zu bewahren, schwere Opfer heißt es aber auch heute noch bringen, um die Existenz und die Freiheit unseres Vaterlandes zu erhalten.

In diesem Sinne fassen Sie, meine Damen und Herren, den heute vor Ihnen liegenden Voranschlag auf. Er enthält der Opfer eine große Zahl, nämlich Ausgaben, die Sie sich versagen müssen auf der einen Seite und drückende Steuern auf der anderen Seite. Aber es sind dies keine Opfer, die um eines Parteivorteiles willen, für einen einzelnen Stand oder eine Bevölkerungsklasse gefordert werden, nein, es geht um's Ganze, um den Fortbestand der so blutig schwer bewahrten Freiheit unseres Landes.

Das Wirtschaftsleben des Landes und des Bundes ist eins. Wir haben daher das Recht, an der Politik des Bundes, soweit sie das Wirtschaftsleben beeinflusst, auch bei der Beratung unseres Landesvoranschlages Kritik zu üben. Ich stehe hier nicht als Anwalt der Bundespolitik, aber als Finanzreferent des Landes kann ich sagen, ich bin jenen dankbar, die mir die Einbringung des heutigen Voranschlages ermöglicht haben. Nochmals bekenne ich: vor nicht einmal Jahresfrist standen wir noch am Rande des Abgrundes. Eine Hand wurde dem Bunde und durch denselben auch unserem Lande geboten, uns vor dem Sturze zu bewahren. Vielleicht nicht aus selbstloser Liebe, vielleicht mehr in der Angst, daß unser Sturz den Boden weitem ins Wanken bringen könnte. Der

Griff dieser Hand ist fest und hart. Dürfte sie deshalb zurückgewiesen werden? Selbsthilfe ist ein stolzes, schönes Wort für den, der sich selbst helfen kann. Aber Erkenntnis der eigenen Hilflosigkeit ist keine Schande für den, der sich selbst nicht helfen kann. Unser Schicksal ist auf dem Schlachtfelde besiegelt worden: die Abhängigkeit vom Auslande. Daß unser Land diese Abhängigkeit nur als beschränkte Kontrolle jener Maßnahmen auf sich nehmen muß, die wir in eigener Erkenntnis unserer Lage zu treffen bemüht sind, dafür halte ich mich zu Dank verpflichtet.

Aber auch an dem Voranschlag selbst dürfte sich die Kritik heute in anderen als in den gewohnten Bahnen bewegen. Die Gewinnseite unserer Bilanz ist leer, hier sind für keine Partei Erfolge zu erzielen, es handelt sich für sie nur darum, auf der Verlustseite mit möglichst geringen Kosten verbucht zu sein. Die Regierung ist, obwohl sie nach der Landesverfassung parteimäßig zusammengesetzt ist, bei der Abfassung des Voranschlages vollständig unparteiisch vorgegangen. Sie hat eine aus allen Parteien gleichartig beschickte Ersparungskommission einberufen und deren — wie ich ausdrücklich betone — einstimmige Vorschläge den Abstrichen des Voranschlages zugrunde gelegt. Es ist demgemäß auch kein Verwaltungszweig von diesen Abstrichen verschont geblieben, die eine oder andere Milderung ist erst später und nachträglich durch den Finanzausschuß vorgenommen worden. Von rund 2000 Landesangestellten wurden ungefähr 280 abgebaut. Von den am schwersten empfundenen Verlusten erwähne ich die Sperrung der Krankenhäuser am Paulustor und Graz-West, sowie die teilweise Auflösung der Siedenanstalt Hartberg. Auch die Auflösung des statistischen Landesamtes ist als eine bedauerliche Einbuße zu verzeichnen. Die Wünsche der Landwirtschaft auf Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen wurden zurückgestellt, der Betrieb unserer Kunstinstitute auf das äußerste eingeschränkt, der Fortbestand unserer Landesoberrealschule von der Erhebung eines außerordentlich hohen Unterrichtsgeldes abhängig gemacht und zahlreiche Subventionen und Beihilfen an Vereine, deren Tätigkeit als segensreich allgemein erkannt wird, wurden gestrichen. All das sind Opfer, die keine einzelne Partei bringt und keine einzelne Partei fordert, sondern es sind Opfer der Gesamtheit.

Die Grenze für diese Abstriche war bestimmt durch das Ausmaß der aufzubringenden Bedeckung. Nun hat das Land allerdings vom heurigen Jahre an eine eigene Steuerhoheit, aber die Schranken derselben sind

sehr enge gezogen durch die ungleiche Wirtschaftslage der Steuerträger. Von den uns überlassenen Realsteuern ist die Ausnützung der Gebäudesteuer, deren Umlagenertragnis einst die Grundlage für den gesamten Landeshaushalt bildete, durch die Bundesgesetzgebung über die Mietverhältnisse äußerst eingeschränkt, ja vom Lande wird sogar erwartet, Ersatz für die wirtschaftlichen Schäden dieser Bundesgesetzgebung zu bieten. Aber auch die Ertragsfähigkeit der Grundsteuer leidet unter der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage und dem außerordentlich hohen Produktionskosten und Frachtspeisen derart, daß ein Hörschrauben dieser Steuer über das beantragte Ausmaß nicht zu verantworten gewesen wäre, wenn anders den Bezirken und Gemeinden eine weitere Ausnützung dieser Steuerquelle nicht ganz unmöglich gemacht worden wäre. Nicht weiter auszuführen brauche ich wohl, daß alle übrigen Abgaben des Landes, die Lohnabgabe, die Herbergsabgabe usw., bis auf das äußerste ausgenützt sind.

Es ist immerhin gelungen, das Gleichgewicht im Voranschlag annähernd herzustellen, wir müssen uns aber darüber klar sein, daß wir in den nächsten Jahren auf dem eingeschlagenen Wege noch weiter fortschreiten müssen; besonders werden wir aber frachten müssen, durch Arbeitsabbau weitere Ersparungen zu erzielen. Als solcher Arbeitsabbau wird eine Zusammenlegung der Verwaltungsapparate des Bundes und der Länder empfohlen, eine Änderung des Schulaufsichtsgesetzes ist in Aussicht genommen und für eine Vereinfachung der Buchführung des Landes werden über meinen Auftrag praktische Studien gemacht. Wir werden weiters aber auch frachten müssen, als erste Frucht unserer bisherigen Anstrengung Kredit, besonders im Auslande, zu finden, zur Deckung aller jener Ausgaben, für die nach den Grundsätzen einer geordneten Verwaltung der Kredit in Anspruch zu nehmen ist. Erst wenn wir dadurch wieder Anschluß gefunden haben an den Kreislauf des Weltwirtschaftslebens, erst dann wird unsere eigene Verwaltung wieder ganz gefunden.

Meine Damen und Herren! Vergessen wir nicht, daß es ein schwer erkrankter, ein kaum genesender Körper ist, dem wir die Lebensregeln durch diesen Voranschlag vorschreiben wollen. Vielleicht war es unser einziger Fehler, daß wir dies in den letzten Jahren vergessen haben. Die Absichten auf allen Seiten waren gewiß die besten, aber manche Leistung wurde von unserem Lande verlangt, die es nur bei voller Gesundheit und Kraft hätte erfüllen können. Lassen

Sie unserem Lande durch kurze Zeit die nötige Ruhe zur Erholung und Stärkung, die wohlthätigen Folgen werden sich bald einstellen. Genehmigen Sie in diesem Sinne den Voranschlag und denken Sie hiebei daran, daß dieser Voranschlag zu bestehen haben wird nicht bloß vor dem Forum der heurigen Wahlen, sondern auch vor dem Richterstuhle einer fernen Zukunft. Aber den dornigen Pfad der Opfer und Entfagungen hoffen wir unser geliebtes Vaterland einer schönen und glücklicheren Zukunft entgegenführen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Gföller**: Hohes Haus! Wir müssen auch bei dieser Budgetberatung wieder feststellen, daß eine Verzögerung in der Vorlage des Budgets erfolgt ist. Ich möchte nicht die Schuldfrage untersuchen, sondern ich möchte nur feststellen, daß der Voranschlag wenigstens endlich da ist. Sicher werden die Schwierigkeiten, die bei der Budgetherstellung vorhanden waren, mitschuldig gewesen sein, daß die Vorlage desselben so spät erfolgt ist, ich meine jene Schwierigkeiten, die sich ergeben haben aus der Abgabenteilung zwischen Bund und Land, jene Schwierigkeiten, die nicht durch unsere Schuld heraufbeschworen worden sind, die Schwierigkeiten, die entstanden sind einerseits dadurch, daß die Abgabenteilung, die Einigung über diese Frage, solange Zeit brauchte, bis die Einigung erfolgen konnte, und die Schwierigkeiten, die darin gelegen waren, daß der Bund möglichst viel für sich heraus schlagen wollte und die Finanzlage der Länder außer acht gelassen hat. Unser Standpunkt ist der, daß wir nicht verhindern wollen, daß die Finanzen des Landes in einen derouten Zustand gelangen. Unsere Parteigenossen haben auch im Finanzausschusse ihren Teil beigetragen, daß die Finanzen des Landes in Ordnung kommen, und auch unser Gesichtspunkt im Hause ist der, daß wir unseren Teil mitbeitragen müssen, um die Landesfinanzen nicht zu gefährden. Wir müssen feststellen, daß unsere Vorschläge, die wir erstattet haben, um die Sanierung des Landes durchzuführen, hier bei der Gegenseite sehr wenig Verständnis gefunden haben. Wir müssen feststellen, daß Sie sich von der alten Ideologie nicht lösen können. Ich möchte darauf zu sprechen kommen, womit ich diese Behauptung begründe. Wir sehen vor allem, daß unser Finanzreferent heute erklärt hat, daß keine Opfer gefordert werden, die um eines Standes willen gegeben werden müssen. Ich möchte entgegenhalten, daß doch die Opfer ungleich verteilt sind, daß wir sehen, daß kein Verständnis für die notwendigen Opfer an Land und Bund dann

herrscht, wenn es sich um Opfer Ihres Standes und Ihrer Klasse handelt. Wir sehen das sogleich, wenn wir nur die Grundsteuer ansehen. Wenn Sie nicht gezwungen gewesen wären, durch ein Bundesgesetz die Grundsteuer mit 50 Prozent gegenüber dem Friedenswerte zu valorisieren, so würden Sie nicht bereit gewesen sein, auch nur diese Opfer auf sich zu nehmen. Sie haben diese Opfer an der Realsteuer durch den Herrn Berichterstatter und Finanzreferenten besonders herausgestrichen, wahrscheinlich in der Angst, daß Ihre Klasse es nicht versteht, daß auch Sie einen Teil der Opfer für die Sanierung zu bringen haben. Unsere Auffassung gegenüber der Grundsteuer ist die, daß das, was heute gefordert wird, kein so großes Opfer bedeutet, weil es nur eine 50prozentige Valorisierung bedeutet, weil die Basis, auf welcher die Grundsteuer erstellt ist, den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entspricht, weil die Basis gegenüber dem heutigen Ertrage vollständig veraltet ist, sie beruht auf dem Katastralreinertrag, der vor einigen Jahrhunderten errechnet worden ist. (Abgeordneter Dr. Enge: „1870, Herr Kollege!“) Sicher ist auch das eine... (Abgeordneter Dr. Enge: „Sie valorisieren das Jahrhundert!“) Das weiß ich auch, daß es nicht einige hundert Jahre, sondern, daß es bald an die hundert Jahre sind. (Abgeordneter Hartleb: „1896!“)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Gföller (fortfahrend): Wir können uns das Streiten über das Alter des Katastralreinertrages ruhig ersparen, denn ob es hundert oder einige zwanzig Jahre sind, das spielt keine Rolle. Tatsache ist, daß der Katastralreinertrag den tatsächlichen Verhältnissen heute nicht entspricht, das haben Ihre eigenen Kollegen des öfteren schon zugegeben, andererseits kommt dazu, daß auch die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft heute eine andere ist als früher einmal.

Wir haben vor dem Kriege beinahe eine allgemeine Verschuldung in der Landwirtschaft feststellen können, und Sie können es nicht leugnen, daß heute doch zum allergrößten Teile die Landwirtschaft entschuldet ist, daß es vielleicht heute überhaupt sehr wenige Bauern gibt, die noch aus der Vorkriegszeit Schulden haben, wobei allgemein festzustellen ist, daß die Landwirtschaft sich in einer wesentlich günstigeren Lage heute als feinerzeit befindet, mit Ausnahme eines allerdings nicht unerheblichen Teiles der Landwirtschaft, mit Ausnahme der Kleinbauern, die durch Ihre Politik,

die Politik der Christlichsozialen und Bauernbündler, wieder zur Verschuldung kommen. Wir sehen dies darin, daß Sie scheinbar nicht geneigt sind, diesem Unterschiede im Lande Rechnung zu fragen dadurch, daß Sie unter Ihrem Stande selbst die Lasten anders aufteilen, daß Sie selbst den wirtschaftlich Stärkeren und den wirtschaftlich Schwächeren in Ihren eigenen Reihen verschieden behandeln würden, weil Sie bisher eine Differenzierung der Grundsteuerbelastung abgelehnt haben. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß in erster Linie die Großbauern, die Großgrundbesitzer, progressiv heranzuziehen wären und wir werden diesbezüglich auch noch einen Antrag in der Spezialdebatte stellen.

Geehrte Damen und Herren! Es ist dann auch noch die Frage zu erwägen, daß man schließlich unserer Auffassung nach die Steuern so verteilen soll, wie sie von den einzelnen Klassen und Ständen der Bevölkerung getragen werden können. Und da finden wir einen merkwürdigen Widerspruch in der Haltung eines Teiles der Vertreter der Landwirtschaft. Wenn man im allgemeinen von der Landwirtschaft redet, die Landwirtschaft und die Industrie gegenüberstellt, so wird die Bedeutung der Landwirtschaft für unseren Staat gewöhnlich überschätzt, es wird gewöhnlich der Landwirtschaft eine Ausnahmstellung zugewiesen und behauptet, daß die Landwirtschaft überhaupt die Grundlage unseres Staatswesens wäre, kurz, man hat die Bedeutung der Landwirtschaft ganz gewaltig überschätzt. Wenn es aber zum Zahlen kommt, dann sinkt die Bedeutung der Landwirtschaft sogleich, dann erklären Sie sofort, die Landwirtschaft ist so arm, daß sie nicht imstande ist, diese Lasten zu tragen, dann sind Sie gerne bereit, die größere Bedeutung der Industrie, dem Handel und Gewerbe zuzubilligen, und das, meine Damen und Herren, sehen wir auch bei diesem Budget. Wir sehen, daß die wesentlichste Steuer, die die Landwirtschaft trifft, die Grundsteuer ist, die Sie mit Mühe und Not auf 50 Prozent valorisiert haben, und sehen, daß das Land neue Einnahmen zum allergrößten Teile aus den Steuern der konsumierenden Bevölkerung, der städtischen Bevölkerung, der Industriebevölkerung entnimmt. Wir sehen, daß Sie die Hausklassen- und Hauszinssteuer umgewandelt haben in die Landes-Gebäudesteuer, und es ist gut, daran zu erinnern, daß diese Steuer ebenfalls zum größten Teile die städtische Bevölkerung zu tragen hat, weil die Hausklassensteuer immer nur einen geringen Teil der Hauszinssteuer betrug, die für die Städte und Märkte in Betracht gekommen ist. Wir sehen da eine Steuer, die wieder auf

die Mieter überwältigt wird, die die Konsumierenden zu fragen haben.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute die Lage der Mieter ansehen, ich meine das Gros der Mieter, nicht die Ausnahmen, die sich eine 5-, 6- und 7-Zimmer-Wohnung leisten können oder die so glücklich sind, selbst ein Haus zu besitzen, ich meine den Durchschnitt der Mieter, die so sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, ich denke an die abgebauten Bundesangestellten, die gar keine Existenz haben oder zur Not sich eine neue Existenz schaffen müssen, ich denke an die Masse der ungeheuer darbedenden, für den Staat am meisten opfernden Menschen, denen wir neuerdings diese Steuer überwältigen, dann erfasst uns Empörung, wenn wir bedenken, daß diese Menschen nun wieder am schwersten durch Steuern betroffen werden. Ich sehe weiter, daß wir im vergangenen Jahre die Lohnabgabe bekommen haben, die aus einer Umwandlung der seinerzeitigen Fürsorgeabgabe entstanden ist. Die seinerzeitige Fürsorgeabgabe war eine Zwecksteuer und war bestimmt, die Not, unter der die großen Schichten der Bevölkerung zu leiden hatte, zu mildern. Sie ist umgewandelt worden in eine Steuer, die nur zum Teile diesem Zwecke dient, während sie heute der Hauptsache nach eine Finanzsteuer des Landes geworden ist. Sie ist eine städtische Steuer, und vor allem ein schweres Unrecht an Handel, Industrie und Gewerbe und zum Teile geeignet, industriebremmend zu wirken, weil sie eigentlich keine allgemeine Lohnabgabe ist, weil hier wieder, wie bei jeder Steuer, Extrabegünstigungen den Landwirten zugestanden werden, weil dort eine Nachsicht des Naturallohnes, der Bedeutung in der Landwirtschaft hat, vorgesehen ist und so tatsächlich die Landwirtschaft nur zum geringen Teile von der Lohnabgabe betroffen wird. Außerdem hören wir sehr wenig davon, wie viel aus dieser Lohnabgabe aus landwirtschaftlichen Kreisen einläuft. Es würde außerordentlich interessant sein, einmal zu erfahren, wie sich die Einkünfte aus der Lohnabgabe auf die einzelnen großen Schichten der Bevölkerung verteilen, wie sich die Einkünfte auf Städte, Märkte, Industrie und Landwirtschaft verteilen. Wir haben gehört, daß auch gegen diese Steuer, obwohl ohnedies eine Vorzugsstellung der Landwirtschaft eingeräumt ist, Sturm gelaufen wird, daß es Konferenzen gegeben haben soll, in denen von Vertretern der Landwirtschaft gegen diese Lohnabgabe Stellung genommen wurde. Wir sehen weiter als eine neue Steuer vom vergangenen Jahre, an der das Land seinen Anteil hat, die Warenumsatzsteuer, die beinahe

ausschließlich Konsumentensteuer ist, was auch die Bauernbündler festgestellt haben, indem sie gesagt haben, daß sie für die Bauern eher eine Belästigung als eine Belastung bedeute. Die Warenumsatzsteuer, die beinahe alle städtischen Kreise betrifft, bedeutet eine harte Belastung der Konsumenten. Wir sehen auch, daß sie im Bunde das Schwergewicht bei ihren Einkünften aus Steuern auf die breiten Massen der Bevölkerung legen, wir sehen, daß sie sich sogar mit dem Plane tragen, Zölle einzuführen, die wiederum eine Belastung der breiten Massen der Bevölkerung bedeuten sollen. Ich habe nur einiges herausgegriffen. Aber wenn wir uns das ganze Steuersystem ansehen, so können wir nur sagen, daß auch Sie im Lande Ihr Steuersystem auf die Seipelsanierung eingestellt haben. Sie haben im Finanzausschusse nicht einmal, sondern wiederholt versichert, daß Sie mit Freuden dem Sanierungs- und Wiederaufbauprogramme zustimmen, weil auch Sie Ihre Hoffnung und Ihr Vertrauen auf dieses gesetzt hätten. Wenn dies richtig ist, dann, meine ich, dürfen Sie wenig von Opfern reden, dürfen Sie sich nicht beklagen, wenn auch die Landwirtschaft Opfer zu fragen hat, wenn auf der einen Seite der Besitz überhaupt schärfer zu Opfern für die öffentlichen Bedürfnisse herangezogen wird, sondern Sie müssen mit Freuden den Opfern zustimmen, die nach dem Wiederaufbauprogramm allerdings im verhältnismäßig geringen Maße auch Ihren Kreisen aufgelastet worden sind. Nun wurde heute vom Berichterstatter vor allem darauf hingewiesen, daß es eine große Ertragslosigkeit des vergangenen Jahres sei, daß wir zu einer Stabilisierung der Krone gekommen seien, und daß es außerdem für das Land eine besondere Ertragslosigkeit bedeute, daß das Budget des Landes erstellt werden konnte, ohne daß wir die Fundamente der Volkswirtschaft zu erschüttern brauchen. Ich gestehe ruhig zu, daß das Budget des Landes allein nicht geeignet ist, das Fundament der Volkswirtschaft zu erschüttern. Aber wenn wir uns die bisherige Wirkung des Sanierungs- und Wiederaufbauprogrammes ansehen, dann werden wir sehen, daß dadurch eine schwere Erschütterung der Volkswirtschaft in Österreich eingetreten ist. Wir sehen heute von der Wirkung des Sanierungsprogrammes eigentlich nichts als eine ungeheure Krise, wir haben 150.000 Arbeitslose, Hunderttausende von Kurzarbeitern, wir sehen, wie ungeheure Massen der Arbeiter und Angestelltenschaft durch die rücksichtslose und wenig verständnisvolle Art der Durchführung der Sanierung in Deutschösterreich in die bitterste Not gestürzt worden sind, und wir sehen,

wie Sie andererseits nicht einmal den Opfern dieses Wiederaufbau- und Sanierungsprogrammes entsprechendes Verständnis entgegenbringen. Wir sehen, wie unsere Parteigenossen im Nationalrate die schwersten Kämpfe dafür führen müssen, daß den armen Teufeln der Arbeitslosen die Unterstützung pro Woche um ungefähr 1 Laib Brot erhöht, daß die Not dieser Armen wenigstens etwas gemildert werden konnte. Und wenn unsere Parteigenossen auf das Elend dieser Arbeitslosen verweisen, dann hören wir gerne von Vertretern der Landwirtschaft, daß ja die Leute nur arbeitsscheu seien, weil sie ohneweiters in der Landwirtschaft Arbeit bekommen könnten. Ich halte es für notwendig, auch offiziell festzustellen, welcher Schwindel diese Behauptung eigentlich ist. Wir haben das schon versucht, wir haben schon am ernsten Beratungskomitee mit Vertretern der Landwirtschaft verhandelt, wir haben alles mögliche erwogen, um den Industriearbeiter wieder in die Landwirtschaft zurückzuführen zu können, wir haben aber dort gerade von den Vertretern der Landwirtschaft hören müssen, daß es nicht möglich sei, weil die Industriearbeiter die Landwirtschaft nicht verstehen, für sie die landwirtschaftliche Arbeit zu schwer sei, weil sie diese Arbeit nicht erfragen und weil der Landwirtschaft mit diesen Arbeitern nicht gedient ist, sie daher nur auf jene reflektiert, die von der Landwirtschaft gekommen sind und diese verstehen. Diese Arbeitslosen müssen ohnedies nach dem heutigen Arbeitslosenversicherungsgesetze, und es wäre sehr gut, wenn auch Sie dieses studieren würden, eine ihnen entsprechende Arbeit jederzeit annehmen, wenn sie nicht die Unterstützung verlieren wollen. Wir hören auf der anderen Seite vom Abbau, und es wurde so beinahe indirekt auch hier von einem meiner Vorredner dem Abbaue ein Loblied gesungen, und wenn ich zu einigen Fragen dieses Abbauschlagwortes Stellung nehme, so möchte ich vor allem vom Abbaue der Schule sprechen und möchte ich erinnern, daß bei Beginn der Budgetverhandlungen im Finanzausschusse der Kollege Dr. E n g e erklärt haben soll, daß nur bei den größten Ausgabeziffern, das ist die Schule, gespart werden könne, und der Herr Finanzreferent P r i s c h i n g soll darauf verwiesen haben, daß man vor allem die Parallelklassen abbauen muß. — Meine Damen und Herren! In bezug auf die Schule stehen wir auf dem Standpunkte, daß unter keinen Umständen die Kinderanzahl wieder, so wie das früher einmal bestanden hat, hinaufgesetzt werden soll, weil dadurch ein gedeihlicher Unterricht erdroffelt würde. Wenn es Übelstände gibt, so wird es noch andere Mittel und Wege geben, diesen Übelständen abzu-

helfen, ohne daß man den erfolgreichen Unterricht in den Schulen zu gefährden braucht.

Der Herr Berichterstatter hat gerade meinem Parteigenossen, dem Herrn Landesrat M a c h o l d, ein Loblied gesungen, daß es gerade ihm gelungen ist, in seinem Kapitel so große Ersparungen zu erzielen. Meine Damen und Herren! Ich möchte hier feststellen, daß ich gar nicht begeistert davon bin, daß es gerade in diesem Ressort gelungen ist, so große Ersparungen zu erzielen, weil ich der Meinung bin, daß es gerade in einer Zeit der Not und Verelendung des Volkes, wo von den Gelehrten und von der Wissenschaft festgestellt wurde, daß die Tuberkulose als allgemeine Erscheinung ungeheure Fortschritte macht, daß die Sterblichkeit fortwährend ansteigt, daß gerade in dieser Zeit an den Abbau der Sanitäts- und Wohlfahrtsinstitute nicht zu denken ist. Ich möchte erwähnen und feststellen, daß bei diesem Titel ein großer Teil in den übertragenen Wirkungskreis fällt und daß hier auch der Bund Abbauwünsche zu haben scheint, daß wir hier für allgemeine Abbauwünsche nicht zu haben sind, wir wohl aber für einen anderen Abbau zu haben wären, über den gerade in diesem Hause schon wiederholt Erklärungen abgegeben worden sind, aber noch kein Schritt zu einem wirklichen Abbau getan wurde, nämlich für die Aufhebung des Doppelgleises Burg und Landhaus und für die Zusammenlegung der Ämter in der Burg mit denen des Landhauses. Ich möchte daran erinnern, daß gerade der Herr Abgeordnete Dr. H ü b l e r einen Antrag auf Aufhebung des Doppelgleises und Zusammenlegung eingebracht hat, während es uns geschienen hat, als ob gerade der Herr Abgeordnete Dr. H ü b l e r bei Beratung des letzten Budgetprovisoriums von diesem, seinem eigenen Antrag wieder abgerückt sei. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß hier abgebaut werden soll, aber nicht so, daß man die Kräfte wahllos abbaut, sondern daß man die notwendigen Kräfte unter allen Umständen zu erhalten hat. Wir sind dafür, daß der Abbau dergestalt erfolge, daß die Ämterzusammenlegung zuerst bewerkstelligt wird, damit dadurch eine Vereinfachung des Geschäftsganges, des Instanzenzuges erreicht wird, weil gerade der heutige Instanzenzug eine Schikane der Bevölkerung bedeutet und eine Verzögerung der Erledigung der verschiedenen Ägenden. Unter diesem Titel sind wir auch sehr gerne bereit, einem Abbau des organisierten Spitzelwesens zuzustimmen.

Nun zu einer anderen Frage, in der Sie uns in Ihrer Presse wiederholt Vorwürfe gemacht haben, so daß es notwendig erscheint, auch in einer offiziellen Debatte unseren Standpunkt sehr deutlich festzulegen. Ich

meine das Schlagwort von der Entpolitisierung der Verwaltung. Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir der Meinung und zufrieden sind mit einer Gendarmerie, die auf dem Boden der demokratischen Republik steht, daß wir es aber allerdings ablehnen müssen, in der Gendarmerie Leute zu besitzen, die sich in die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft einmischen, so daß sie zu Streikbrecheragenten für die Bergindustriellen, wie dies in Eisenerz der Fall war, herabsinken. Wir sind für eine demokratisch republikanische Rechtsprechung und für eine ebensolche Wehrmacht. Und wenn Sie von der Entpolitisierung der Verwaltung sprechen, so meinen wir, daß Sie darunter verstehen, daß sie darin bestehen soll, daß die Verwaltung ein Instrument der besitzenden Klassen wird. Sie wollen die Entpolitisierung dergestalt, daß Gendarmerie, Rechtsprechung und Wehrmacht einfach in den Dienst der besitzenden Klassen dieses Staates gestellt werden. Wenn das eintreten würde, in diesem Augenblicke würde das Schlagwort von der Entpolitisierung der Verwaltung verschwinden, da würden Ihre Wünsche erfüllt sein.

Nun hätte ich noch einige kleinere Wünsche zum Kapitel „Landeskultur“. Wir sind der Meinung und treten dafür ein, daß möglichst rasch eine Demokratisierung der Jagd vorgenommen wird, daß mit möglichster Beschleunigung darangegangen wird, jene Hindernisse zu beseitigen, die bisher eine Demokratisierung der Jagd nicht möglich machen ließen. Ebenso stehen wir auf dem Standpunkte, daß dasselbe für das Fischereiwesen zu gelten habe. (Abgeordneter **Hartleb**: „Sozialisierung!“) Herr Abgeordneter **Hartleb**, ich kann auf Ihre Zwischenbemerkung nur sagen, daß ich mit manchen von den Vorschlägen, die aus Ihren Parteikreisen stammen, vollkommen einverstanden bin, ganz in dem Sinne, wie das ein Teil Ihrer Parteigenossen meint.

Eine Sache hätten wir noch. Wir haben die Empfindung, daß in den heutigen landwirtschaftlichen Schulen zum allergrößten Teile, vielleicht beinahe ausschließlich, nur Kinder, Söhne und Töchter von Großbauern, unterkommen können, weil nicht dafür gesorgt ist, daß auch Minderbemittelte und Kinder von Landarbeitern diese Schulen besuchen können. (Landesrat **Winkler**: „Es sind doch auch Freiplätze vorhanden, eine ganze Menge!“) Wir wären der Meinung und sind dafür, daß das landwirtschaftliche Fortbildungswesen nach der Richtung ausgestaltet wird, daß es auch den Kindern unbemittelter Eltern unter allen Umständen ermöglicht wird, derartige landwirtschaftliche Fortbildungsschulen zu besuchen.

Ich möchte noch eines erklären: Wenn Sie auch in Ihren Zeitungen das Gegenteil behaupten, so werden wir uns doch jederzeit wehren gegen eine Proletarisierung der Bauernschaft, die von Ihrer Seite, von Ihnen selbst, beabsichtigt zu sein scheint. (Heiterkeit.) Wir werden uns wehren gegen diese Vorlage, ich meine die Vorlage der Landesregierung, die jetzt dem Landeskulturausschusse zugewiesen wurde, die Vorlage über das Anerbtenrecht. Wenn wir diese Vorlage ansehen, so finden wir, daß zugunsten eines einzigen Hofübernehmers alle übrigen Kinder der Bauernfamilie geschädigt werden sollen. Das ist der Gedanke der Vorlage und diesen Gedanken werden wir immer und überall auf das schärfste bekämpfen.

Meine Damen und Herren! Das wären in großen Zügen die Wünsche und Beschwerden, die wir zum Landesbudget vorzubringen haben. Wir sind der Auffassung, daß der Beratung dieses Budgets und dem Budget selbst keine entscheidende Bedeutung zukommt, weil die Lebensdauer dieses Landtages eine begrenzte ist und die Bevölkerung im Herbst selbst in der Lage sein wird, über das Budget ihr Urteil zu fällen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Schreckenthal**: Hohes Haus! Wenn wir heute in die Beratung des Budgets des Jahres 1923 eingehen, so müssen wir mit großer Freude feststellen, daß die Ziffern, welche in dem Budget 1923 enthalten sind, der Wahrheit insofern entsprechen, als im Laufe des kommenden Jahres, wie wir erwarten und hoffen, derartige Veränderungen nicht eintreten werden, wie wir sie im vergangenen Jahre erlebt haben. Wir können erwarten, daß die Ziffern, welche der Finanzausschuss beraten und beschlossen hat und über die das hohe Haus nunmehr zu beschließen haben wird, auch tatsächlich halten werden. Wenn wir uns an die Budgetberatung im Jahre 1922 zurückerinnern, wenn wir uns daran erinnern, wie wir während der Budgetberatung fortwährend Mitteilungen bekommen haben über das Fallen der österreichischen Krone und über das Steigen der ausländischen Valuten, so mußten wir uns damals selbst sagen, es hat eine weitere Budgetberatung keinen Zweck und keinen Sinn mehr, demgegenüber müssen wir heute wohl sagen, daß zwischen den Budgets vom Jahre 1922 und 1923 ein großer Unterschied besteht. Welchen Umständen haben wir nun diese Änderungen zu verdanken? Es ist zweifellos einzig und allein die Stabilisierung der Krone, welche ermöglicht wurde durch das Genfer Protokoll. Denken Sie zurück an das, was wir im vorigen Jahre im Laufe des Mai erlebt haben. Wenn wir nur zum Vergleich den Kurs der tschechischen

Krone herausnehmen, so haben wir am 23. Mai einen Kurs von 188½ gehabt, am 25. August jedoch einen solchen von 2688. Am 23. Mai notierte der Kurs des Dollars mit 9337 K, während er am 25. August 89.000 K betrug und die übrigen ausländischen Valuten im gleichen Verhältnisse gestiegen sind. Wenn Sie nun berücksichtigen, daß wir in Österreich um viele Hunderte Millionen Goldkronen mehr einführen als ausführen, dann ist es begreiflich, daß jeder Haushalt zittern mußte, weil mit jeder Steigerung der fremden Valuten eine neue Teuerungswelle gekommen ist. Und gerade die letzte Teuerungswelle in den Monaten vom Juni bis August des Vorjahres wird Ihnen allen noch in schrecklichster Erinnerung sein. Denken Sie daran, daß wir Österreicher unsere ganze Hoffnung auf die Londoner Konferenz gesetzt haben, da dort die Rettung Österreichs ausgesprochen werden sollte. Was haben wir auf der Londoner Konferenz erlebt? Wir haben gesehen, daß diese Konferenz überlastet war durch die sogenannte türkische Frage. Wir haben gesehen, daß die englischen Staatsmänner wenig Interesse für unsere Lage haben. Wir wissen aus einer Äußerung von Lloyd George, daß er gesagt hat, es könne den englischen Steuerträgern nicht zugemutet werden, neue Lasten für Österreich zu übernehmen. Man hat uns auf Genf verwiesen. Diese Äußerung des englischen Staatsmannes hat die größte Entmutigung in Österreich verursacht und war der Grund der kolossalen Steigerung der fremdländischen Valuten und des Falles der österreichischen Valuta. Damals, im August des Jahres 1922, sind Gerüchte herumgeschwirrt von einer Aufteilung Österreichs und diese Gerüchte haben sich, wie wir nachträglich gehört haben, als den Tatsachen entsprechend erwiesen. Ich verweise auf den Briefwechsel des österreichischen Gesandten Frankenstein mit Lloyd George, der an die Ententeregierungen ein Ultimatum gerichtet hat, in welchem ausdrücklich ausgesprochen war, daß die Gefahr der Besetzung Österreichs durch fremde Truppen bestehe. Jugoslawische, italienische und tschechoslowakische Truppen hätten in Österreich einmarschieren sollen und Österreich wäre aufgeteilt worden. Es wäre dies nicht so glatt gegangen, bei der kolossalen Spannung, die zwischen Jugoslawien und Italien bestand, hätte man voraussetzen müssen, daß unser Land das Kampfgebiet zwischen beiden Staaten bilden wird.

Da hat sich unser Herr Bundeskanzler entschlossen, die Reise nach Prag, Berlin und Verona zu unternehmen, bevor er nach Genf gefahren ist. Und dort ist es dann zum Abschluß der drei Protokolle gekommen. Im Protokolle II wurde uns eine Anleihe von 650 Mil-

lionen Goldkronen zugesagt, welcher Betrag 9750 Milliarden Papierkronen entspricht. In den letzten Tagen werden Sie aus den Zeitungen gelesen haben, daß wir die so oft bezweifelte Goldanleihe doch bekommen werden. Es haben der Finanzminister und der Herr Bundeskanzler Mitteilung gemacht, daß ausländische Finanzgruppen darangehen, uns zu helfen und daß speziell in Amerika ein größerer Teil dieser Anleihe übernommen wird. Mit dieser Anleihe war es selbstverständlich verbunden, daß die Entente eine Aufsichtsperson nach Österreich geschickt hat, und zwar darum, weil sie zu der bisherigen Wirtschaft Österreichs kein Vertrauen hatte und nicht haben konnte. Sie hat einen Generalkommissär hereingeschickt, welcher aufzufassen ist als ein Kurator für einen leichtsinnigen Schuldner. Wenn Sie den Bericht des Wirtschaftsausschusses der Finanzdelegation lesen, so werden Sie sehen, daß der Vorwurf, der auch von unserer Partei der Regierung gemacht wurde, auch hier zum Ausdruck kommt, nämlich, daß bei uns gewirtschaftet wird ohne Berechnung und alles in ein Faß ohne Boden hineingeworfen wurde. Sie finden eine Bemerkung, die folgend lautet (liest): „Die großen Summen, die Österreich geliehen wurden, und die zur Wiederherstellung seiner Finanzen und zu seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau hätten verwendet werden sollen, haben dazu gedient, den Bedarf des laufenden Verbrauches zu decken. Alle neuen Vorschüsse werden dazu benützt werden müssen, um an Reformen zu schreiten; in einer sehr kurzen Spanne Zeit wird Österreich nicht mehr verbrauchen dürfen als das, was es produzieren kann. Die Reformperiode selbst wird, wenn neue Kredite erlangt werden, notwendigerweise sehr schmerzlich sein; je länger man wartet, um sie zu beginnen, desto härter wird sie sein.“

Es hat außerdem der Wirtschaftsausschuß einen Bericht über Österreich abgegeben, in dem er folgendes sagt (liest):

„Zur Kontrolle der Einfuhr mit allen den willkürlichen Regelungen, welche sie unausweichlich nach sich zieht, und den Ausfuhrgebühren, welche auf eine große Anzahl von Produkten gesetzt sind, tritt noch erschwerend eine Kontrolle des Geldverkehrs hinzu, welche in ihrer gegenwärtigen Form ein schweres Hindernis für den Handel bildet und keinen anderen Erfolg zu haben scheint, als denjenigen, welche für den nächsten Winter eine Hungersnot befürchten, eine scheinbare Sicherheit zu geben.“

Zu den allgemeinen Maßregeln treten noch lokale Regelungen und Beschränkungen ungesetzlicher Natur

hinzu; manche Provinzen oder Bezirke haben, um das Preisniveau künstlich niedrig zu erhalten, Maximalpreise festgesetzt oder Ausführverbote erlassen, welche die landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten entmutigen und mit Schuld daran fragen, daß Österreich in einem abnormen Grade bei seiner Verproviantierung auf fremde Einfuhr angewiesen ist."

Sie sehen, daß gerade das, was wir vom Bauernbunde immer vertreten haben, daß die Freiheit der Wirtschaft, für die wir in früheren Landtagen heftige Kämpfe geführt haben, auch vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes gefordert wird, und daß dieser selbst dem Aufrechterhalten der Maximalpreise mit Schuld gibt, daß sich die Landwirtschaft nicht so entwickeln konnte. Wir haben im Wege des Genfer Übereinkommens und des Sanierungsprogrammes Beschlüsse gefaßt, eine neue Notenbank in Österreich zu gründen und haben gesagt, wenn diese in Funktion ist, dürfen Banknoten nur mehr gegen Metalldeckung oder Devisen ausgegeben werden. Dies wird nicht möglich sein, sagte man, und trotzdem ist es gelungen, die Krone zu stabilisieren und die Inflation zu bekämpfen. Durch diese Stabilisierung der Krone sind wir heute in der Lage, ein richtiges Budget zu erstellen. Unsere Partei hat sich von Anfang an für das Sanierungsprogramm ausgesprochen, wir haben uns, obwohl wir nicht in der Regierung vertreten sind, als Mehrheitspartei auch im Parlamente dafür ausgesprochen und dafür gestimmt und unsere Partei hat hier in Steiermark über 138 Versammlungen abgehalten, in denen die Landbevölkerung, die märktische Bevölkerung aufgeklärt wurde über die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Genfer Abmachungen und wir haben ihr gesagt, daß es ausgeschlossen ist, das Programm der sozialdemokratischen Partei, welches ausschließlich auf Selbsthilfe aufgebaut ist, zu verwirklichen und dadurch zu einer Sanierung zu kommen. Wir haben 138 Versammlungen abgehalten, die Redner haben sich für das Sanierungsprogramm erklärt und in der Bevölkerung, in der wir Gelegenheit gehabt haben, zu sprechen, hat sich ein Widerspruch nicht ergeben. Nun ist es mir aber etwas sonderbar vorgekommen, als ich im Volksblatte am 22. April 1923 einen Aufsatz gelesen habe, überschrieben "Bündlerische Unehrllichkeit", wo im ersten Absätze Behauptungen aufgestellt werden, daß sich unsere Partei für die Sanierung ausgesprochen habe im Parlamente, aber in den Versammlungen dagegen agitiere. Der Titel selbst, den sie für diesen Aufsatz gewählt haben, der im Volksblatt gestanden ist, das ich wohl als das Parteiblatt der christlichsozialen Partei ansehen muß, ist beleidigend

für uns und die zweite Zumutung, daß wir gegen die Sanierung gesprochen und gewirkt haben, trifft die Tatsache nicht und entstellt sie. Über den weiteren Teil des Artikels ist nicht viel zu sagen, er betrifft das Verbandsverhältnis der Bauernbündler mit den Großdeutschen, das ist eine faktische Sache, aber nur über den ersten Teil möchte ich sagen, der ist mir unverständlich; ich weiß nicht, ob dieser Absatz eine Kampfansage an den Bauernbund bedeuten soll. Wenn ja, müßten wir das auch ertragen und müßten uns die Freiheit nehmen und das Recht vorbehalten, ein Pfand, das in unseren Händen ist, gelegentlich zu realisieren. Wir sind zur gemeinschaftlichen Arbeit in wirtschaftlichen Fragen mit der christlichsozialen Partei immer bereit gewesen, aber es scheinen in dieser Partei Kräfte am Werke zu sein, denen ein Zusammenarbeiten der Christlichsozialen mit den Bauernbündlern nicht sympathisch erscheint. Es wird ein Keil in die Bauernschaft hineingetrieben zwischen Klein und Groß, nach dem wohlbekannten Grundsatz "divide et impera". Wir sehen, daß heute schon in den Versammlungen die Leute sagen, es würde ein Unglück sein, wenn die christlichsoziale Partei an Stimmen verliert, weil dann zweifellos ein roter Landeshauptmann das Resultat sein würde. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: "Hui!") Das können wir nicht ernst nehmen, weil der Landeshauptmann von der Mehrheit des Landtages gewählt wird und es ist doch zu hoffen, daß die Mehrheit in den bürgerlichen Händen bleiben wird. Die Bauernbündler werden überall von den Christlichsozialen als kleine Partei hingestellt. Es wird gesagt, die paar Mann haben nichts zu bedeuten, ich habe aber wiederholt die Erfahrung gemacht, daß man auf die Bauernbündler zu hören gezwungen ist und ich kann mir nicht vorstellen, wie Sie ohne uns die Fragen agrarischer Natur lösen können. Wir sind auf dem Standpunkte angelangt, daß in kurzer Zeit eine neue Verfassung beschlossen werden muß, nachdem in der Ersparungskommission wie auch im Finanzausschuße von dem Abbau der Abgeordneten und Landesregierungsmitglieder gesprochen wurde. Wir sind selbstverständlich dafür, wir sind auch dafür, daß ein neues Wahlrecht eingeführt werde, aber wir können heute schon erklären, daß wir nicht die Absicht haben, uns als kleine Partei von den großen Parteien durch ein künstliches Wahlrecht zermalmen zu lassen. Die christlichsoziale Partei sieht in den Bauernbündlern immer noch ihren größten Feind und ich habe schon im Jahre 1919 im Landtage gesagt, daß es auf mich den Eindruck macht, als wollten Sie mit Freude die Bauern-

bündler auf dem Scheiterhaufen verbrennen. (Heiterkeit.) Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Thaler sagte damals, das gehe nicht an wegen der hohen Holzpreise, das war das einzige Hindernis. Heute wäre das Hindernis ein anderes, heute könnten Sie gar nicht mehr so viel Holz aufbringen, um die Bauernbündler zu verbrennen. (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Enge: „Also ein Krematorium!“) Wir haben uns seinerzeit eingesetzt für die Aufhebung des Doppelgleisigen Landesregierung Landhaus und Burg, auch die Herren von der sozialdemokratischen Partei haben diese Saiten anklingen lassen, und ich muß gestehen, daß wir hier im Landtage ein Junktim verlangt haben, mit den Ersparungsmaßnahmen. Wir wußten, daß die Zusammenlegung nicht von heute auf morgen geht, aber wir wollten die Überzeugung haben, daß da etwas geschieht, daß dies nicht sabotiert wird. Die Erklärung, die nun der Herr Landeshauptmann gestern abgegeben hat, hat mich beruhigt, weil ich gesehen habe, daß in der Angelegenheit in Wien für alle Bundesländer ein gleichartiger Entwurf ausgearbeitet wird, der diese Zusammenlegung einheitlich durchführt. Wir haben in Steiermark einen Beschluß gefaßt im provisorischen Landtage bezüglich der Gleichstellung der Landesangestellten mit den Bundesangestellten; das war ein schwerer Fehler, es können Zeiten kommen, wo der Bund seine Beamten nicht so gut zahlen wird können wie das Land Steiermark, es kann aber auch sein, daß der Bund seine Angestellten wesentlich besser als das Land zu zahlen imstande ist, denn dem Lande stehen nur beschränkte Mittel zur Verfügung. Früher hat es geheißt, der Bund zahlt 50 Prozent zu dem Personalaufwand des Landes. Seien wir feisch und geben wir den Angestellten etwas mehr. Was sehen wir heute? Diese 50 Prozent, diese eine Hälfte kann so groß sein, daß sie das Landesbudget erdrückt. Wenn Sie den Voranschlag für 1923 ansehen, werden Sie finden, daß bei jedem Kapitel ein Beitrag des Bundes von 33 $\frac{1}{3}$ Prozent sowohl für die Lehrer, wie für die Beamten eingestellt erscheint, das sind im ganzen 37 Milliarden. Von 1925 an, das ist in dem Wiederaufbaugesetze ausgesprochen, leistet der Bund keine Zuschüsse zu den Personallasten mehr und hat Steiermark dann mit einer weiteren Belastung von 37 Milliarden zu rechnen. Woher das Land die Mittel dazu nehmen wird, ist mir unbekannt. Vielleicht weiß es der liebe Gott oder sein irdischer Stellvertreter, der Herr Finanzdekan. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich muß sagen, wir haben eine schwere Belastung auf uns zu nehmen im Wiederaufbauprogramme, aber wir müssen gestehen, es hat die

Landbevölkerung nicht die Absicht, Steuern bis zum Weißbluten zu zahlen, nur damit der Verwaltungsapparat aufrechterhalten werden kann. Beamtenabbau ist ein Schlagwort, ein Abbau ohne Verwaltungsreform ist unmöglich, ist ein Schwindel. Wenn man die Beamten abbaut und die Verwaltung nicht vereinfacht, so kommt mir das so vor, als wenn wir einen Hund haben, der krank ist — ein Vergleich zwischen der österreichischen Verwaltung und einem Hunde ist nicht so fernliegend — wir gehen zum Doktor „Vieh“ und der sagt, wenn wir den Hund wieder gesund machen wollen, so stützen wir ihm die Ohren und schneiden ihm den Schweif. Da wird der Hund dann nicht gesund. Wenn also die Verwaltungsreform, an der schon soviel gearbeitet wurde, nicht gemacht wird, dann werden Sie wohl Beamte abbauen, aber die Arbeit wird zunehmen und Sie können die Beamten dann wieder anstellen. Wir müssen also vor allem darauf dringen, daß in der Verwaltungsreform nach der Richtung gearbeitet wird, daß eine Vereinfachung stattfindet, daß nicht wegen jeder nichtigen Angelegenheit ganze Faszikel von Akten angeschmirt werden. Jeder, der Gelegenheit hat, in einer Gemeinde als Funktionär zu sitzen, wird sich oft mit Staunen fragen, ob es notwendig ist, daß von Seite der Bezirkshauptmannschaft so riesige Akten erscheinen für eine Angelegenheit, die nicht mehr als 200 K wert ist. Wenn nicht von Grund auf reformiert wird, so ist es ausgeschlossen, daß wir an ordentliche Ersparnisse im Verwaltungsapparate denken können. Es werden sich Bund, Land und Gemeinden auf ihren ursprünglichen Pflichtenkreis zurückziehen müssen, auf die reine Verwaltung. Heute sehen wir, daß alle viel zu viel übernehmen, daß man während und nach dem Kriege sich eine Menge von Leistungen zugemutet hat, sich eingebildet hat, alles unternehmen zu können. Meist hat es sich dann herausgestellt, daß das passive Betriebe sind. Der Pflichtenkreis des Landes, der Gemeinde, ist die Verwaltung und auf diese wird man sich zurückziehen müssen. Man wird bei der Verwaltungsreform auch sprechen müssen über die Arbeitszeit und die Arbeitsintensität bei den Ämtern, über den Mißbrauch, der durch die Überstundenbezahlung eingeführt wurde. Wir haben sehen müssen, daß die Hauptarbeit nicht während der Bureauzeit, sondern nach derselben gemacht wird, eine Erscheinung, die das wahnsinnige Resultat gezeitigt hat, daß in denjenigen Ämtern, die keine Gelegenheit hatten, Überstunden zu machen, Überstundenentgangenschädigungen ausgezahlt wurden. Wir sehen aber auch, was für Folgen die falsche Auslegung des Achtstundentages gehabt hat. Wir sehen, daß dort, wo

man nicht von Arbeitsleistung, sondern nur von Bereitschaftsdienst sprechen kann, Bereitschaftsdienst gleich Arbeitsleistung gehalten wird. Wir wissen ganz gut, daß einer, der acht Stunden beim Hochofen oder in der Grube arbeitet, nicht mehr leisten kann, aber wir sehen auch, daß der Achtstundentag nicht zum Vorteil, sondern nur zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft geführt hat.

Ich möchte noch zu einem Kapitel, das mit der Verwaltung in Zusammenhang steht, sprechen, das ist die Steuerfrage im allgemeinen. Wenn Sie das Bundesgesetzblatt abonniert haben — 90.000 K kostet es im Jahr —, dann lesen Sie die Steuergesetze, wenn Sie keinen Schlaf haben. Bei der Warenumsatzsteuer existieren allein bis heute 15 oder 16 Durchführungsverordnungen. Bei der Personaleinkommensteuer, Grundsteuer, gibt es massenhafte Bestimmungen, in denen sich kein Mensch mehr auskennt. Unser Steuersystem ist heute so gestaltet, daß der gewöhnliche Sterbliche sich nicht mehr zurechtfindet. Der Steuerzahler kennt sich nicht mehr aus, aber auch die Steuerbeamten kennen sich nicht aus. Wenn man heute zu einem Rechtsanwalt geht und ihn um Rat fragt, so sagt er: „Ich habe das Gesetz noch nicht studiert.“ Ein Steuerbeamter, der auf seinem Schreibtisch ein ganzes Paket Bundesgesetzblätter für die Warenumsatzsteuer liegen hatte, wurde gefragt, was zu machen sei wegen der Warenumsatzsteuer? Er hat geantwortet: „Da schauen Sie, da liegt der ganze Pack. Glauben Sie, ich werde das alles lesen, fällt mir gar nicht ein!“ Der Steuerpflichtige aber wird schwer bestraft, wenn er nicht die Bestimmungen voll einhält. Wir müssen zweifellos damit rechnen, daß unser Steuersystem einen vollständigen Zusammenbruch erleben wird. Was wird, um dies zu verhüten, notwendig sein? Eine gründliche Reform des Steuersystems. Der heutige Zustand drängt direkt zu einer Einheitssteuer. Die Steuern müssen so sein, daß der Steuerpflichtige sich ausrechnen kann, alles zusammen habe ich so- und soviel zu zahlen. Wie es heute gemacht wird, ist es ausgeschlossen, daß man bei der Bevölkerung die geringsten Sympathien für die Steuern findet, im Gegenteil, die Leute sagen, ich lasse die Ereignisse an mich herantreten, fällt mir nicht ein, das Gesetz zu studieren, der Steuerbeamte wird sich schon melden. Das ist kein Zustand, der erwünscht ist. Wir müssen darauf dringen, die Steuergesetze der Bevölkerung verständlich zu machen. Die Steuerbehörde darf der Bevölkerung nicht soviel zumuten, wie es heute der Fall ist. Der Bauer kann nicht soviel Schreibarbeiten machen, wenn er die Drucksorten, die er zu

den Fassionen braucht, sammelt, so werden sich diese im Laufe der Zeit verlieren und an einem anderen Orte zu finden sein, als dort, wo er sie zu den Schreibarbeiten benötigt. Es soll die Landesregierung aufgefordert werden, in Wien bei dem Bundesministerium vorstellig zu werden, daß der Gedanke einer Einheitssteuer, der in der Gesamtbevölkerung der größten Sympathie begegnet, verfolgt und ausgebaut werde.

Nun zum Budget selbst: Herr Abgeordneter Spak hat uns gesagt, daß wir ein Gesamterfordernis von 208 Milliarden haben. Wie schaut dieses Erfordernis vom Standpunkte der Agrarier aus — die Herren Sozialdemokraten werden mir schon verzeihen, wenn ich vom agrarischen Standpunkte spreche —, was bekommen die Bauern? Von diesen 208 Milliarden bekommt die Landwirtschaft im engeren Sinne für Förderung der Pflanzenproduktion, der Tierproduktion, des Obst- und Weinbaues 1.568.000.000 K, das sind $\frac{3}{4}$ Prozent des Gesamterfordernisses; nimmt man noch die land- und forstwirtschaftlichen Schulen dazu, so werden Sie finden ein Erfordernis von 5.786.000.000 Kronen oder $2\frac{3}{4}$ Prozent des Gesamterfordernisses, nimmt man das zusammen, so finden Sie ein Erfordernis von 7.354.000.000 K oder $3\frac{1}{2}$ Prozent des Gesamterfordernisses. Und da wird noch von ungeheuren Forderungen der Agrarier gesprochen! Hier kann man nur von einer übermäßigen Bescheidenheit der Landwirtschaft, von einer geradezu pathologischen Bescheidenheit (Heiserkeit) derselben sprechen. Was wir fordern und immer gefordert haben, ist die Hebung der Produktion. Es müssen Maßregeln getroffen werden, die eine Hebung der Produktion ermöglichen. Wir erblicken in der Förderung der Pflanzenproduktion, der Tierzucht und des Getreidebaues in der Landwirtschaft jene Elemente, die die Möglichkeit schaffen, die Produktion zu heben. Es wird ja bekannt sein, daß es der Landwirtschaft nicht gut geht, daß es ihr schlechter geht, wie in den Zeiten der Verschuldung. Der Herr Abgeordnete Gföller hat uns vorgeworfen, daß wir die Schulden zurückgezahlt haben. Warum soll die Landwirtschaft nicht ihre Schulden zurückzahlen, wo jeder das Gesetz vom Jahre 1919 sich zumutet gemacht hat. Warum soll der Bauer die Schulden nicht in schlechtem Geld zurückzahlen? (Abgeordneter Gföller: „Das war ein erfreuliches Zeichen!“) Die Bauern haben aus der Geldentwertung selbst die Möglichkeit bekommen, die Schulden zurückzuzahlen. Heute können Sie aber, wenn Sie in einem Kreditinstitute zu tun haben, eine große Anzahl von Kreditansuchen sehen. Es beginnt wieder eine neue Verschuldung. Die Landwirtschaft ist in Österreich

nicht zollgeschützt. Die Industrie ist zollgeschützt. Die landwirtschaftliche Produktion in Österreich ist um 10 und 20 Prozent teurer als in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und in Amerika. Warum ist die Produktion der österreichischen Landwirtschaft teurer? weil die klimatischen und Bodenverhältnisse ungünstige sind, nicht aus dem Grunde, weil die Landwirtschaft rückständig ist, weil sie größere Lasten zu tragen hat, als in anderen Ländern. Es wird die Zeit kommen, wo Sie selbst dafür stimmen werden, daß die Landwirtschaft zollgeschützt wird bis zu einem gewissen Grade. Wenn ein Zollschutz nicht eingeführt wird, dann ist es klar, daß die Landwirtschaft in dieselben Verhältnisse gelangt, wie in den 1860er- und 1880er Jahren, wo eine Abstützung nach der anderen vorgenommen wurde. Wer soll dann den Besitz kaufen? Eine Forderung der Alliance israelite geht dahin, daß die letzte Burg — die Presse, die Finanz und die Industrie hat sie schon —, der Grundbesitz erobert werden soll. Die Landwirtschaft soll auf diese Weise zugrunde gerichtet werden, damit sie als reife Frucht diesen Hyänen in den Schoß fällt. Die Industrie hat in der letzten Kammertagung in Wien durch Dr. Konrad darüber Klage geführt, daß die sozialen Lasten so grassieren, daß sie unter diesen zusammenbrechen müsse, daß die Tendenz der sozialen Gesetzgebung immer fortschreite und keine Rücksicht auf die geschäftliche Situation der österreichischen Industrie nehme. Bei der Landwirtschaft ist es das gleiche, wir haben auch die sozialen Lasten bekommen, die Landwirtschafts-Krankenkasse. (Landesrat Resel: „Die Sie nicht bezahlen!“) Herr Landesrat Resel, das können Sie nicht sagen, wir sind in Obersteier fast alle in der 15. Lohnklasse eingeteilt. Vielleicht werden wir uns später noch auseinandersetzen. Ich möchte über die Landwirtschaftliche Krankenkasse nicht hinweggehen, ohne zu bemerken, daß die wesentlichsten Schwierigkeiten, welche in der Landwirtschaftlichen Krankenkassen in Steiermark und in anderen Bundesländern entstanden sind, die sind, daß das Gesetz ohne Rücksicht auf die Mentalität der bäuerlichen Bevölkerung gemacht worden ist. Diese verwahrt sich insbesondere gegen die obligatorische Versicherung. Wenn der Kassenerfolg ein guter ist, so wird man genau, wie in der Tschechei, auch in Steiermark sehen, daß der Kasse nach und nach die Massen zufließen. Die Arbeiterkrankenkassen, die 1880 für die Industrie geschaffen wurden, haben auch mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, bis es gelungen ist, die Bevölkerung von der Notwendigkeit und Wohltat der Kassen zu überzeugen. Bei der landwirtschaft-

lichen Krankenkasse hat man gemeint, das geht von heute auf morgen. Der ganze Apparat, die Vielschreibererei, das ist etwas, was beim Bauern nicht zieht, sondern es ihm unsympathisch macht. Dann möchte ich auch noch sagen, daß in der Landwirtschaftlichen Krankenkasse die Leitung nicht so ist, wie sie sein sollte. Es ist zum Beispiel ein Beirat eingesetzt, dem auch ich anzugehören die Ehre habe, aber wir sind seit verganginem Jahre keine viermal zusammengerufen worden, trotzdem ich konstataieren muß, daß gerade in der letzten Zeit, wie ich aus den Zeitungen entnommen habe, außerordentlich wichtige Maßnahmen bezüglich Staffelumänderung getroffen worden sind, ohne daß der Beirat gestagt worden ist. Das, glaube ich, drängt dazu, daß man den Beirat ganz aufhebt, Pagode zu sein, hat nicht jeder das Verlangen, und daß man so rasch als möglich die Vorstandswahl durchführt. So wie der Zustand heute ist, ist es nicht mehr zu ertragen, von dem Volumen des ersten Leiters kann doch nicht das Wohl und Wehe der Krankenkasse abhängen.

Ich habe noch über etwas zu sprechen, was die Landwirtschaft schwer berührt, und das sind die Lohnverhältnisse am flachen Lande. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß die Lohnverhältnisse am flachen Lande viel zu schlecht seien, und wir wissen, daß gerade seitens sozialdemokratischer Organisationen eine ständige, intensive Agitation am Lande auf Erhöhung der Löhne betrieben wird, die nichts anderes als Lohnhegereien sind. Ich habe schon im Finanzausschusse gesagt, daß der Lohn neben den Naturalleistungen bei einem landwirtschaftlichen Arbeiter sich auf einen Betrag von ungefähr 2,5 bis 3 Millionen Kronen stellt, während ein qualifizierter Arbeiter zum Beispiel in Domawitz ein Einkommen von 2 Millionen Kronen heute nicht erreicht. Es ist ein Wahnsinn bei den landwirtschaftlichen Betrieben die Löhne so hinaufzutreiben, da ja die Landwirtschaft ohnedies schon nicht mehr bestehen kann. Was wird die Folge sein, die Produkte werden in die Höhe gehen und die Konsumenten werden sie bezahlen müssen, damit schneiden Sie sich aber mit Ihrer Agitation ins eigene Fleisch. Heute ist die Zeit vorüber, wo man den Preis diktieren kann, was zur Folge hätte, daß die Landwirtschaft zugrunde geht, wenn das aber nicht Ihre Absicht ist, dann müssen Sie Ihr Vorgehen entsprechend ändern.

Was nun die Bedeckungsvorschläge anbelangt, so haben wir durch den Herrn Referenten erfahren, daß ein Defizit von 79 Milliarden Kronen aufscheint, welches nach den Vorschlägen des Finanzreferenten

bedeckt wird durch die Bundesabgabenertragsanteile, das ist mit 12·9 Milliarden, durch Getränkesteuer mit 6·7 Milliarden, durch Warenumsatzsteuer mit 12·9 Milliarden, durch Bankenumsatzsteuer mit 0·16 Milliarden, durch Gebührenäquivalent mit 0·4 Milliarden, durch Erbgebühren 0·2 Milliarden, durch Holzausfuhr mit 6·9 Milliarden, macht zusammen 40·16 Milliarden Kronen, aus den Realsteuern mit 22·5 Milliarden und aus einer Abgangsaushilfe des Bundes mit 7·3 Milliarden, aus der Erhöhung der Lohnabgabe mit einem Ertrage von 3 Milliarden, und aus der Revision des Lehrerkatasters, nicht daß Lehrer entlassen werden sollen, sondern in Berücksichtigung der Differenz, wie sie im Voranschlage eingestellt ist, mit 5 Milliarden, so daß noch ein unbedeckter Abgang von ungefähr 1·5 Milliarden verbleibt. Sehen Sie, der Herr Finanzreferent schaut sehr heiter drein, ihm macht dieser Abgang nichts, denn Niederösterreich hat schließlich ein Defizit von 25 Milliarden Kronen und Oberösterreich von 20 Milliarden Kronen und wenn wir mit keinem Defizit abschließen würden, so würde vielleicht Dr. Kienböck sagen: „Die Steiermark ist mein lieber Moische, der kommt so aus.“ Nun sehen wir aber, daß der Herr Finanzreferent als Anteil aus der Warenumsatzsteuer einen Betrag von 12·9 Milliarde Kronen eingeseht hat, ich kann nicht glauben, daß das Erträgnis aus der Warenumsatzsteuer nur diesen Betrag ausmachen soll, da wir ja wissen, daß der Herr Generalkommissär Zimmernann in seiner vorläufigen Berechnung die Summe von 670 Milliarden Kronen genannt hat und 670 Milliarden für das ganze Jahr berechnet, würde nach meiner Rechnung für Steiermark eine Einnahme von 40 bis 60 Milliarden herauskommen. Wenn man auch berücksichtigt, daß wir in Steiermark nicht so große Industrien haben als Niederösterreich, so erscheint mir doch die Ziffer von 12·9 Milliarden, wenn auch nur für die letzten drei Quartale berechnet, viel zu wenig. Aus der Bankenumsatzsteuer wird ein Betrag von 160 Millionen Kronen eingeseht. Es wäre Gelegenheit, hier über diese Steuer ausführlich zu sprechen. Ich weiß nicht, ob es nicht möglich wäre, daß die christlichsoziale Partei, da ja der Finanzminister ihrer Partei angehört, diesem nahelegen sollte, diese Bankenumsatzsteuer zu beseitigen, denn diese ist ein großes volkswirtschaftliches Hindernis, welche einen scheinbaren Ertrag abwirft, in Wirklichkeit aber einen Verlust bedeutet. Was sehen wir heute, wenn jemand aus Obersteiermark eine Zahlung in Graz zu leisten hat, so kommt er billiger daraus, wenn er herunterfährt, als wenn er den Betrag im Wege einer Bank-

fiale leistet, da er in diesem Falle durch die ein- bis dreimalige Umsatzsteuer eine größere Zahlung leistet, als ihm die Reise kostet. Ich glaube daher, daß man den Herrn Finanzminister Dr. Kienböck mit Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Verhältnisse nahelegen sollte, diese Steuer aufzuheben und vielleicht durch eine andere zu ersetzen. In der heutigen Form schädigt sie mehr als sie nützt und auf die 160 Millionen steht der Herr Finanzdechant auch nicht mehr an. Was nun die Holzabgabe anbelangt, so ist sie eingestellt mit 6·9 Milliarden; dieser Betrag erscheint mir auch zu gering, wenn auch der Export nach Italien zurückgegangen ist. Eines ist aber sicher, daß die Holzabgabe von den Waldbesitzern auf das schärfste bekämpft werden muß, weil sie eine Produktionssteuer ist, die nichts anderes bewirkt, als den Preis zu drücken, der Urproduzent bekommt um die Abgabe weniger als er sonst bekommen würde, wenn sie nicht da wäre.

Herr Abgeordneter Gföller hat über die Realsteuern von seinem Standpunkte aus gesprochen und es sei mir nun gestattet, auch vom Standpunkte meiner Partei über die Realsteuer zu sprechen. Es ist bekannt, daß das Wiederaufbaugesetz die Realsteuern den Ländern zur Gänze überläßt und die Landtage innerhalb einer bestimmten Zeit, die jedoch schon verstrichen ist, über die Realsteuern — Grundsteuer, Hauszins- und Hausklassensteuer — Beschluß zu fassen haben. Bezüglich der Grundsteuer haben wir von der Regierung eine Vorlage bekommen, welche beinhaltet, daß das 1600fache des alten Katastralreinertrages als Grundsteuer für Steiermark zu rechnen ist und dazu noch ein Zuschlag von 40 Prozent für den Bezirk und 40 Prozent für die Gemeinde, zusammen 80 Prozent, zu kommen hat, wodurch sich das Erträgnis auf das 2880fache des alten Katastralreinertrages erhöhen würde. Wir haben uns gefragt, wie sich diese Zahl auswirkt. Das, was wir von sozialdemokratischer Seite hören, ist, daß die Bauern zu wenig zahlen. Wir haben ausgerechnet für den Waldbesitz und für die Landwirtschaft und haben gefunden, daß beim Waldbesitz in einzelnen Bonitäten der Bauernwald zumeist von der Grundsteuer bis zu 80 Prozent des Ertrages, die Landwirtschaft, Wiesen und Acker, mit 20 bis 25 Prozent des Geldertrages getroffen werden. Im Jahre 1924 werden wir nach einem Ausspruche des Herrn Finanzreferenten auf dem Standpunkte stehen, da ja das Gesetz eingehalten werden muß, daß wir einen Zuschlag von 50 Prozent bekommen, so daß wir auf das 4320fache kommen würden, eine Belastung, die unmöglich zu ertragen ist. Meine

Partei steht auf dem Standpunkte, daß der § 5 des Wiederaufbaugesetzes so zu interpretieren ist, daß die halbe Valorisation der Friedensgrundsteuer als Grundlage zu nehmen ist, in welche sich dann Land, Bezirk und Gemeinde zu teilen haben, dies insbesondere mit Rücksicht auf den Absatz 2 des § 5, welcher ausdrücklich sagt, auch wenn die Landesgesetzgebung die Steuer als gemeinschaftliche Steuer einführt, so darf der Ertrag nicht unter der im 1. Absätze bezeichneten Mindestgrenze — 50 Prozent — zurückbleiben. Aus dem Zusammenhange mit dem § 4 haben wir die feste Überzeugung, daß der § 5 so zu interpretieren ist, daß ein weiterer Zuschlag nicht mehr einzuheben ist. Ich habe mir erlaubt, im Finanzausschusse einen Antrag zu stellen, daß im Sinne des § 4 des Wiederaufbaugesetzes die Grundsteuer als gemeinschaftliche Steuer erklärt wird und daß von dieser Steuer 60 Prozent das Land und je 20 Prozent die Bezirke und Gemeinden zu erhalten haben. In der Einzelerörterung werde ich ja noch Gelegenheit haben, über diesen Antrag zu sprechen, nachdem ich mir die Freiheit genommen habe, diesen Antrag als Minoritätsantrag anzumelden, da er im Finanzausschusse nicht die Sympathie der übrigen Parteien gefunden hat. Wir haben dann noch eine Realsteuer, die sehr wichtig ist, und das ist die Gebäudesteuer, die, wie wir gerade gehört haben, tief einschneidend wirkt. Wir müssen feststellen, daß die Gebäudesteuer im Jahre 1914 6.900.000 K., die Grundsteuer 4.175.000 K. getragen hat, im Jahre 1922 hat die Grundsteuer 310.000.000 K., die Gebäudesteuer aber nur 6.300.000 K. getragen, wir sehen also, daß schon im Jahre 1922 die Grundsteuer wesentlich mehr ausmacht als im Jahre 1914, während bei der Hauszinssteuer festzustellen ist, daß die Veranlagung mehr kostet, als das Erträgnis ausmacht. Nun wurde seitens des Herrn Referenten der Landesregierung vorgeschlagen das 165fache, im Finanzausschusse wurde der Vorschlag abgeändert auf das 155fache des Friedenszinses als Steuer einzuheben. Wir haben uns gesagt, all das, was hinsichtlich der Gebäudesteuer beschlossen wird, kann unseren Beifall nicht finden, weil die Steuer aufgebaut ist auf das Mietengesetz, welches wir immer bekämpft haben, weil es nichts anderes als ein bolschewistisches Gesetz ist. (Zwischenrufe.) Was wird dadurch gemacht, eine Entrechtung des Hausbesitzers, welcher doch auch das Recht hat, geschützt zu werden, dies liegt in der Verfassung und wir können als bürgerliche Parteien nicht zusehen, daß das Privateigentum einfach enteignet wird. Wenn Sie das so fortsetzen als bisher, dann werden Sie schließlich nur verfallene Häuser

haben und das Wasser wird Ihnen von den Dachrinnen in die Wohnungen dringen. (Landesrat Resel: „Wenn wir es so machen, wie Sie wollen, so werden Sie ein paar Häuser haben, wo keiner mehr die Wohnung bezahlen kann!“) Das wird nicht der Fall sein, Herr Resel. Das ist aus dem Grunde nicht der Fall, weil Sie sich folgendes vor Augen halten müssen: Im Frieden betrug der Wohnungsaufwand 15 bis 20 Prozent des Lohneinkommens, heute beträgt der Wohnungsaufwand bei einem Arbeiter nicht einmal 1 pro Mille und daß das Einkommen eines Arbeiters nicht zum Teile valorisiert sein sollte, das werden Sie wohl selbst nicht behaupten. Es wird mit Recht gesagt, das Mietengesetz ist das Hindernis für die Abstellung der Wohnungsnot. Sobald das Mietengesetz verschwindet, werden wir wieder eine Bautätigkeit haben, und wenn wir diese haben, dann wird keine Arbeitslosigkeit sein, es wird lohnender Verdienst für die Arbeiter da sein. Es wird aber gesagt, daß für Neubauten das Mietengesetz sowieso nicht in Anwendung zu bringen ist. Es ist dies richtig, es ist mir aber auch bekannt, daß jene, welche Häuser bauen wollten, kein Vertrauen zur Regierung haben (Widerspruch.), denn die Hausbesitzer sagen sich, was heute im Mietengesetz steht, kann morgen abgeändert, es kann ein anderes Gesetz beschlossen werden, nach welchem Neubauten unter das Mietengesetz fallen. Denn genau denselben Vertragsbruch hat die Regierung bei der Vermögensabgabe begangen und das fürchten alle und aus diesem Grunde ist eine Bautätigkeit mit Berufung auf das Mietengesetz beziehungsweise die in demselben enthaltene Befreiung nicht zu erwarten.

Es ist ja klar, daß das Mietengesetz sowieso abgebaut wird, ob Sie wollen oder nicht, die Notwendigkeit, der Zwang wird dazu helfen, daß es verschwindet. Es wird dies ja nicht von heute auf morgen sein, aber es ist ein Nichtsens, daß heute einer, der ein Einkommen von 100 Millionen hat, von dem Mietengesetze denselben Gebrauch macht, wie irgend ein armer Teufel. Wir haben uns bezüglich der Gebäudesteuer auf einen neuen Standpunkt gestellt und haben gesagt, wir wollen genau so wie bei der Grundsteuer auch da eine Valorisation der Friedenssteuer vornehmen. Daß das nicht zur Gänze möglich ist, ist klar, wir haben vorgeschlagen, daß ein Monatseinkommen von nicht mehr als 70 Goldkronen von der Gebäudesteuer vollkommen befreit wird, daß diejenigen, welche ein Einkommen von 70 bis 100 Goldkronen haben, $\frac{1}{4}$ der Friedenssteuer, valorisiert, zu bezahlen haben, und daß denjenigen mit einem Einkommen von über 100 Gold-

kronen die Friedenssteuer mit $\frac{1}{2}$ valorisiert wird. Wir haben diesen Vorschlag gemacht und haben darauf hingewiesen, daß wir uns dessen selbst bewußt sind, daß der Vorschlag mit Bezug auf die Skala gewisse Schwierigkeiten hat. Das ist vollständig klar. Es wurde uns von Vertretern der Finanzbehörden des Bundes eingewendet, daß dieser Vorschlag nie die Genehmigung finden könnte und daß der Bund dazu nicht die Hand bieten wird. Mein Vorschlag ist eine Kombination zwischen Einkommen und Wohnungsaufwand. Das ist allerdings ein Novum, aber es wird die Zeit kommen, wo man, wenn der hohe Landtag meinem Antrage zustimmt, dieses heute bestehende Gesetz umwandeln wird und zu dieser Kombination zwischen Einkommen und Mietzins gelangt. Bei der Spezialdebatte werden wir ja Gelegenheit haben, uns noch genauer darüber zu äußern.

Wir sind mit einer Reihe von Bedeckungsvorschlägen des Herrn Finanzreferenten, wie Sie ja bereits wissen, nicht einverstanden und haben diesbezüglich eine Reihe von Gegenanträgen gestellt. Wir werden aber selbstverständlich, nachdem unsere Partei auch in der Regierung vertreten ist, für das Budget stimmen und damit schließe ich. (Beifall.)

Landesrat Dr. Hübler: Hohes Haus! Ein Vergleich mit den Budgetberatungen der beiden Vorjahre 1921 und 1922 zeigt deutlich den großen Weg, den wir auf der Bahn der wirtschaftlichen Gesundung in der Zwischenzeit zurückgelegt haben. Im Jahre 1921 haben wir uns mit Budgetziffern und Zahlen sachlich überhaupt nicht abgegeben, und im Vorjahre war infolge der Noteninflation und der ungeheuer hinaufschnellenden Preise eine derartige Hochspannung im ganzen Lande, daß der Landtag es vorziehen mußte, um die Gemüter nicht über Gebühr zu erhitzen, von jeder Budgetberatung überhaupt abzusehen. Wenn wir Großdeutsche im steirischen Landtag für den Vorschlag stimmen, so tun wir das einer Verpflichtung unserer Partei entsprechend, die an dem Sanierungsprogramm mitwirkt, in der Erkenntnis, daß es dem deutschösterreichischen Volke, trotz vortrefflicher Begabung seiner geistigen Veranlagung nach, an jener Energie und Schwingkraft fehlt, um sich selbst, wie der Freiherr von Münchhausen, beim eigenen Zopfe wieder aus dem Sumpfe herausziehen, in der Erkenntnis, daß wir fremde Hilfe brauchen, um schließlich von fremder Macht wieder frei zu kommen. Gerade weil wir national wieder selbständig und frei werden wollen, weil wir unserem Volke und Staate sein nationales Selbstbestimmungsrecht wieder erringen wollen, deswegen sind wir bereit, auch große Opfer zu bringen.

Hohes Landtag! Es haben verschiedene Parteien parteipolitisch ihre Stellung zum Vorschlag bezogen und auch zu den verschiedenen Vorgängen des Nationalrates Stellung genommen. Ich möchte nicht dasselbe tun und auf Gebiete zu sprechen kommen, die eigentlich den engeren Wirkungsbereich des Landes nicht berühren. Ich möchte mich daher gleich unserer Stellungnahme zum Landesvoranschlage zuwenden. Es hat der Herr Berichterstatter des hohen Hauses, Herr Abgeordneter Spak, betont, es sei eigentlich der Abschluß des Landesbudgets ein glänzender im Vergleiche zu jenem des Jahres 1914. Damals sei ein Abgang von 197 Milliarden vorhanden gewesen, wenn man valorisiert, und heute seien es nur 79,9 Milliarden. Um diese Differenz im Abgange sei günstiger gewirtschaftet worden. Wir können dieser Freude nicht so ganz zustimmen, denn wenn wir vergleichen, worauf diese Differenz, der größte Teil der sogenannten Ersparnisse zurückzuführen ist, so dürfen wir nicht vergessen, daß die Gehälter der Beamten nur zu ein Drittel valorisiert sind, jene der ehemaligen Diener, der Unterbeamten allerdings bis zu 75 Prozent, zum Teile sogar bis 100 Prozent. Daraus sieht man, auf wessen Kosten dieses günstige Budget zum großen Teile zustande gekommen ist. Wir haben ferner das schmerzliche Empfinden und müssen es offen betonen, daß auf der Strecke dieser Ersparnisse so manches wichtige Kulturgut liegen geblieben ist, und noch manches bedroht erscheint. Ich betone vor allem, daß wir Ersparungen, welche die Schule betreffen sollen, wenn die Schülerzahl bis zur Unmöglichkeit eines Unterrichtserfolges erhöht werden soll, unbedingt ablehnen müssen. Es ist die Schule unserer Ansicht nach das wichtigste Kulturgut und wir wollen die Zukunft unseres Volkes, unsere Jugend, aus dem Abgrund eines solchen Ersparungsstauens herausreißen. Es sind auch andere wichtige Kulturgüter sehr schwer bedroht gewesen. Ich erwähne, daß daran gedacht wurde, die Landesbibliothek, die Landesmuseumschätze, an denen Jahrhunderte gesammelt haben, zu verkaufen, ein Gedanke, der, wäre er zur Durchführung gekommen, kulturell geradezu verheerend gewesen wäre. Aber ebenso verhängnisvoll war auch der Gedanke, eines unserer wichtigsten Bildungsinstitute, die Landes-Oberrealschule, unter Lebensbedingungen fortstrecken zu lassen, die vollkommen unmögliche sind. Wenn an dieser Landes-Oberrealschule die Elternschaft der Schüler ein derart hervorragendes Beispiel von Opfermut gibt, daß sie ein Schulgeld von monatlich 100.000 Kronen bezahlt, so daß auf diese Weise Millionen an Schulgeld eingebracht werden, so muß der hohe Land-

tag daraus wohl die Verpflichtung ableiten, daß er jenen Teil der Bevölkerung, der selbst unter schweren wirtschaftlichen Verhältnissen leidend, solche Opfer für unsere Kulturgüter bringt, seinerseits durch ausreichende Unterstützung der Anstalt entgegenkommt. Ich werde mir erlauben, in der Spezialdebatte noch darauf zurückzukommen.

Es sind noch manche unserer Wünsche durchaus nicht befriedigt worden. Das Lehrgelaltsgesetz ist zum Teile durch die Schwierigkeiten bei der Beratung der Materie und zum Teile durch die Einwirkung der Bundesregierung verzögert worden. Es ist unser dringender Wunsch, daß dasselbe so rasch als möglich und in jener Form verabschiedet werde, welche den Lehrern endlich eine volle Beruhigung und Befriedigung gibt. Wir wünschen ferner, daß der Frage des Distriktsärztegesetzes auch nicht vergessen werde und daß auch diese Frage so bald als möglich ihre Erledigung finden möge. Was die Frage der Steuerverteilung betrifft, erscheint uns die Belastung der wirtschaftlich schwächeren Kreise der Bevölkerung durch die Landes-Gebäudesteuer allzuschwer und wir haben daher den Versuch gemacht, den Gedanken, den der Herr Abgeordnete Schreckenthal aufgeworfen hat, daß die Personaleinkommensteuer in Verbindung gebracht werde mit der Gebäudesteuer, in abgeänderter Form zu verwirklichen. Wir werden trachten, eine Formel zu finden, die kein Sanktionshindernis bildet, nämlich die, daß eine Abstufung nach dem Mietzins vom Jahre 1914 eintreten soll, wodurch zum großen Teile das eine erreicht würde, daß die wirtschaftlich Schwächeren entlastet oder ausgenommen werden können. Wir werden noch in der Spezialdebatte Gelegenheit haben, auf diesen Umstand zurückzukommen.

Hohes Haus! Es ist von Seite der sozialdemokratischen Partei den bürgerlichen Parteien gegenüber immer gesprochen worden von den Parteien der Mehrheit. Das ist eine Unrichtigkeit, denn es gibt keine Mehrheit im Landtage, die entsprechend wäre der Gruppierung der Parteien im Nationalrate. Es hat der Herr Landesrat Prisching sehr verständlich gesprochen, die Rede ist ihm wie Milch und Honig vom Konzept geflossen, und es sind auch von der linken Seite den Ausführungen Sordinen aufgesetzt worden aus leicht verständlichen Gründen. Denn wenn auch immer wieder von sozialdemokratischer Seite der Versuch gemacht wird, uns eine bürgerliche Mehrheit anzukonstruieren, so ist in Wirklichkeit das Gegenteil richtig, denn Christlichsoziale und Sozialdemokraten einigen sich immer in sehr vielen Punkten gegen die

Mittelparteien. Da trennt sie keine einzige programmatische Frage, da eint sie einfach die Machtfrage, und wenn von Seite der Herren Bauernbündler der Herr Abgeordnete Schreckenthal die Frage aufgeworfen hat, warum sich von der christlichsozialen Seite ein Druck gegen die Bündler einstellt, den auch wir empfinden, so ist die Beantwortung ganz von selbst gegeben durch die Feststellung, daß wir Mittelparteien vielleicht etwas unliebsam und unbequem sind in diesem Hause, und daß man sich von manchen Seiten nicht damit abfinden kann, daß außer jenen, die mit der roten Flut geschwommen sind, oder jenen, die, als die rote Flut kam, sich in die Arche der christlichsozialen Partei gerettet haben, es noch Gruppen gibt, die sich auf den Standpunkt einer nationalen Weltanschauung als Parteiplattform zusammengefunden haben. (Abgeordneter Pichler: „Siehe Ehreform!“) Die Frage der Ehreform werden wir, glaube ich, hier im Landtage kaum zu erledigen haben.

Da komme ich nun auf ein Thema, das ich wieder ansprechen muß und das seit langer Zeit für uns der Gegenstand unserer größten Beschwerden ist. Das ist die Aufteilung der Macht über die Schule zwischen den Herren zur linken und zur rechten Seite dieses hohen Hauses. Es hat eine Periode gegeben, wo keine Lehrerernennung, keine Inspektorenernennung vorgenommen wurde, die nicht in irgend einem geheimen Konventikel zwischen Links und Rechts vorher ausgeklügelt war. Es war ein stillschweigendes Übereinkommen, die Besetzung der Landlehrerstellen der christlichsozialen Partei zu überlassen, wenn dafür bei Lehrerstellen in industriellen Gebieten den Sozialdemokraten Konzessionen gemacht wurden. Das war und wird vielleicht für uns noch der Grund mancher Beschwerde sein, diese Politisierung der Schule, welche die Lehrerschaft unter das Raudinische Joch der sogenannten starken Parteien zwingen will.

Hohes Haus! Die Frage, wie wir uns zu dem Voranschlag, wie wir uns zur Regierung stellen, ist durch unsere „proportionale“ Verpflichtung, an letzterer mitzuzunehmen, gegeben, da wir durch unsere Teilnahme an der Regierung verpflichtet sind, an den Arbeiten des Voranschlages mitzuwirken, wenn wir uns auch das Recht der Kritik in jeder Weise freihalten müssen. Es ist heute auch die Frage unserer Stellung zur Zusammenlegung der autonomen und der mittelbaren Landesregierung berührt worden, einer infolge der merkwürdigen Konstruktion sehr schwierigen Frage. Der Vertreter des Bundes im übertragenen Wirkungskreis ist der vom Landtage gewählte Landeshauptmann, der demokratisch aus der Mehrheit des

Hauses gewählt wird. Diesen selbst kann der Landtag, wenn er mit Überstunden arbeiten will, zwölfmal im Tage ganz verfassungsmäßig absetzen. Das Verwaltungsgebiet hingegen, welches der Träger der steirischen Krone — hätte ich beinahe gesagt — beherrscht, ist jeder verfassungsmäßigen Beeinflussung des Hauses entzogen. Wenn man sich nun vorstellt, daß dieser Landeshauptmann der legitime Nachfolger des gleichsam vom Himmel gefallenen Statthalters wäre, also eine seiner Herkunft nach objektive Persönlichkeit, so könnte man sich noch mit dieser Konstruktion abfinden. Und ich möchte in loyaler Weise ausdrücklich feststellen, daß sich Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen die größte Mühe gegeben hat, das vorzustellen, als was er seinerzeit von der Mehrheit des hohen Hauses gewählt wurde. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Aber damit scheint man gerade in jenen Kreisen nicht einverstanden gewesen zu sein, aus deren Reihen jetzt der laute Beifall erkönt. Nun haben auf der anderen Seite einzelne Mitglieder des hohen Hauses die Überzeugung bekommen, daß die Landesregierung (Burg) eine Machtsphäre der christlichsozialen Partei sein müsse und der Landeshauptmann seinen ganzen, ihm vom Landtage gegebenen Einfluß eigentlich in den Dienst dieser Partei zu stellen habe. Und das muß nun in Wirklichkeit die Stellung des Landeshauptmannes schwer beeinträchtigen und macht die ganze Konstruktion für die übrigen Parteien des Hauses nicht erträglich.

Hohes Haus! Wenn man mir in der Frage der Beseitigung der Doppelgeleisigkeit vorwirft, ich hätte meine Stellungnahme geändert, so ist das unrichtig, ich habe nur erklärt, daß unsere Wege und jene der Sozialdemokraten von einem gewissen Punkte an auseinandergehen, denn es handelt sich uns nicht darum, vielleicht die Agenden der Burg auch noch zu politisieren, damit diese nach dem Proporz in der Hauptsache zwischen Rot und Schwarz aufgeteilt werden und auch wir ein Teilchen politischen Einflusses oben erhalten, sondern wir wünschen im Gegenteil nur das eine, daß auch jener Teil der Landesregierungsagenden entpolitisiert wird, welcher heute ausschließlich von jener Partei, welche dem Landeshauptmann am nächsten steht, beeinflusst werden kann. Die Beseitigung der Doppelgeleisigkeit soll zum Ergebnisse haben das Ausschalten der Politik in Verwaltungssachen, die Beseitigung jeder politischen Freunderwirtschaft. Wir wollen, daß Beamte die Verwaltung innehaben, die, unbeeinflusst von politischen Tendenzen, einfach nach der Sachlage des Aktes entscheiden. Wie wir dieses Ziel erreichen, das ist nun die Frage, ob durch

eine verfassungsmäßige Stärkung des Einflusses der Beamten als Referenten, oder — und das wäre ein anderer Weg — durch eine Kontrolle durch sämtliche Parteien, weil ja diese in der demokratischen Ära viel stärker wirken wird, als ein Einspruch des Beamten. Eine Akteneinsicht durch Mitglieder sämtlicher Parteien wird einen noch so parteipolitisch gefärbten Referenten hindern, irgend etwas unobjektiv zu behandeln, weil ihn das zum Gegenstand eines Angriffes machen und ihm schließlich nur eine Niederlage eintragen würde. Das ist unser Standpunkt, und ich möchte nur nochmals feststellen, daß wir gar keine Absicht haben, einen Sturm gegen die politischen Beamten der Burg mit den Sozialdemokraten mitzumachen, daß wir nicht die Absicht haben, bei der Zusammenlegung irgendwie gewalttätig vorzugehen, so daß Beamtengruppen materiell geschädigt werden könnten. Das ist meine Feststellung, die sich mit dem deckt, was ich als meinen Standpunkt seinerzeit präzisiert habe.

Hohes Haus! Beim Budget hat uns noch das eine Leid getan, und das läßt sich ja vielleicht wieder gut machen, daß eine Reihe von Subventionen an Vereine unter den Tisch gefallen sind, die vielleicht an sich geringfügig waren, die aber doch einzelnen Institutionen, die volkswirtschaftlich notwendig sind, auf die Beine geholfen hätte. Das sind in erster Linie die Subventionen für die mensa academica und für einzelne andere Hochschulunterstützungsvereine. Wir wollen diese Posten deshalb erhalten wissen, weil wir nicht wollen, daß unsere mittelländische Intelligenz nicht mehr an unseren Hochschulen studieren kann, und weil wir nicht in das Fahrwasser der Wiener Hochschulen geraten wollen, wo Gefahr besteht, daß die Hochschulinstitutionen bloß dem auserwählten Volke der Juden vorbehalten bleiben. Aus diesem Grunde werde ich mir erlauben, in der Spezialdebatte bei dem betreffenden Kapitel auf diesen Gegenstand noch zurückzukommen.

Wenn ich zusammenfassend meine Haltung noch einmal festlege, möchte ich sagen, wenn wir für das Budget eintreten, soll darin nicht ein Kompliment nach der Seite der Mehrheit des Hauses erblickt werden, dazu bestehen für uns keinerlei Bindungen und werden wieder von uns, noch von der anderen Seite des Hauses gewünscht. Wir behalten uns nach wie vor die Politik der freien Hand vor und werden zu allen Fragen des hohen Hauses vom sachlichen Standpunkt aus Stellung nehmen. Und unter diesem Gesichtspunkte werden wir für den Voranschlag stimmen. (Beifall bei den Großdeutschen und Bauernbündlern.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, ich erkläre daher die General-

debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Hauptberichterstatter **Spak**: Ich werde als Berichterstatter auf das Politische der Debatte nicht eingehen, sondern mich nur auf eine rein meritorische, sachliche Behandlung beschränken und möchte da vor allem zurückkommen auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten **Schreckenthal**, der den § 4 des Wiederaufbaugesetzes dahin auslegt, daß in den 60 Prozent bereits sämtliche Gemeinde- und Bezirkszuschläge eingerechnet sind. Eine autoritative Interpretation hat uns das Finanzministerium nicht gegeben, wir mußten uns daher begnügen, daß uns von autoritativer Seite, von leitenden Stellen der Nationalversammlung die Erklärung abgegeben wurde, daß die Meinung der Mehrheitsparteien im Finanzausschusse, von den Mitgliedern der christlichsozialen und der sozialdemokratischen Partei die war, daß unter den 60 Prozent die Gemeinde- und Bezirkszuschläge noch nicht eingerechnet sind. Weiters möchte ich gegenüber den Vorschlägen des Herrn Abgeordneten **Schreckenthal** hinsichtlich der Gebäudesteuer bemerken, daß es nicht in der Kompetenz des Landtages liegt, diese Frage zu lösen, und wir müssen schon warten, bis eine diesbezügliche Änderung der Bundesgesetzgebung eintritt.

Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Landesrates **Dr. Hübler**, welcher gesagt hat, daß im Vergleiche zum Jahre 1914 die Kosten der Minder Ausgaben die Beamenschaft zu tragen hat. Ich habe schon in der Generaldebatte erklärt, daß wir von der Beamenschaft anerkennen müssen, daß sie, trotzdem sie nur den halben Friedensgehalt bezieht, doch ihre ganzen Kräfte dem Dienste des Landes Steiermark widmet, und ich habe ausdrücklich betont, daß die Beamenschaft ziffermäßig durch die Reform viel zu kurz gekommen ist. Bezüglich der Ausführungen des Herrn Landesrates **Dr. Hübler** wegen der Museen und der Landesoberrealschule, möchte ich bemerken, daß sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses selbstverständlich den hohen Kulturwert der Museen nicht unterschätzt haben und auch nicht den hohen Wert der Landesoberrealschule in Graz und aus diesem Grunde haben auch sämtliche Parteien im Finanzausschusse für die Erhaltung der Landesmuseen und der Oberrealschule gestimmt. Daß die Wünsche wegen der Lehrgesetze nicht erfüllt worden sind, hat seinen Grund darin, daß aus praktischen Gründen das Schulaufsichtsgesetz und die Dienstpragmatik der Lehrer zusammen erledigt werden sollen. Daß aber der Lehrerschaft nichts abgerungen werden soll, ein Beweis hiefür liegt darin, daß das Erfordernis für Volks- und Bürger Schulen so be-

messen wurde, daß die Wünsche der Lehrerschaft im Rahmen der Länderkonferenz erfüllt werden können. Um der Lehrerschaft entgegenzukommen hat die Landesregierung über Antrag des Herrn Landesrates **Paul** bereits verfügt, daß diese Bezüge bereits am 1. Mai ausbezahlt werden und ist daraus zu ersehen, daß sämtliche Parteien des Finanzausschusses die Wünsche der Lehrerschaft auch erfüllen wollen.

Die Verbindung der Personaleinkommensteuer mit der Gebäudesteuer durchzuführen, ist nicht möglich, da in dieser Richtung vorerst eine Änderung der Bundesgesetze vor sich gehen müßte, und es ist klar, daß wir bei einer Beschlußfassung die Kompetenz der steirischen Landesgesetzgebung überschreiten würden.

Ich bitte schließlich nochmals, den Voranschlag anzunehmen und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Der Antrag wird angenommen.)

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Die Spezialdebatte wird in der nächsten Sitzung abgeführt werden.

Folgender Antrag wurde eingebracht (verliest die Überschrift. Siehe Verzeichnis Seite 1127). Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet morgen um 9 Uhr vormittags statt mit der Tagesordnung:

Spezialdebatte über den Voranschlag 1923.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 7 Uhr 15 Min. abends.)

Anhang.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Kamniker**, **Dr. Hübler**, **Dr. Eger** und Genossen an den Herrn Landeshaupmann, **Erschwernisse im kleinen Grenzverkehr an der steirisch-jugoslawischen Grenze betreffend.**

Die in Belgrad am 23. Februar 1922 abgeschlossenen Vereinbarungen, betreffend die Regelung des kleinen Grenzverkehrs an der österreichisch-jugoslawischen Grenze wurden von beiden Regierungen ratifiziert und durch die in der Verhandlungsschrift vom 15. Oktober 1922 in Graz getroffenen Bestimmungen ergänzt; gelegentlich der Verhandlungen in Belgrad — Ende Februar dieses Jahres — hat der Herr Bundeskanzler neuerlich die Wünsche der Grenzbevölkerung der Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen in dankenswerter Weise zur Kenntnis gebracht und von dieser die Zusicherung erhalten, daß die im Grazer Protokolle vereinbarten Bestimmungen sofort angewendet, die möglichsten Erleichterungen im

kleinen Grenzverkehre eintreten und alle jene Fragen, die im Sinne der Vorschläge der österreichischen Vertreter zu Belgrad am 23. Februar 1922 noch nicht erledigt werden konnten, ehestens einvernehmlich beraten und durch Sonderabkommen geregelt werden; nichtsdestoweniger erfolgte in jüngster Zeit eine neuerliche Erschwernis des Handels im kleinen Grenzverkehre, indem die Generalzolldirektion in Belgrad laut Erlaß vom 27. Februar 1923, Zl. 9448, verfügte, daß die Grenzzollämter entgegen dem bisherigen Gebrauche nicht mehr befugt sind, die Verzollung österreichischer Waren vorzunehmen, sondern diese Verzollung im Hauptzollamte in Marburg durchgeführt werden müsse. Dies widerspricht den Vereinbarungen vom 15. Oktober 1922; auf Grund dieser wurden die Grenzübertrittsstellen bei Radkersburg, Mureck und Spielfeld in die Gruppe I eingereiht und bestimmt, daß auf diesen Wegen alle Waren „befördert“, demnach auch verzollt werden dürfen. Durch den Erlaß der Generalzolldirektion in Belgrad wird jedoch der Handel im kleinen Grenzverkehre, entgegen dem Sinne und Geiste der Vereinbarungen und Zusagen unterbunden, und statt Handelsfreiheit wechselseitig eintreten zu lassen, eine neue Schranke aufgerichtet. Handel und Gewerbe ist durch diese zweifellos ohne gegenseitiges Einvernehmen erfolgte Verfügung im steirischen Grenzlande, namentlich im Abschnitte der Grenzstadt Radkersburg, empfindlich getroffen.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die

Dringliche Anfrage:

1. Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, im dringlichen Wege bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ehestens an die Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen herantrete, um die Aushebung dieser den kleinen

Grenzverkehr sowie Handel und Gewerbe schädigenden Verordnung der Generalzolldirektion in Belgrad zu erwirken?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung nachdrücklich den Wunsch der gesamten steirischen Grenzbevölkerung zu vertreten, daß die Bundesregierung bei der Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen dahin wirke, die zugesagten Beratungen über jene Sonderabkommen, die seit Februar 1922 der Erledigung harren und für den kleinen Grenzverkehr von Bedeutung sind, ehestens aufzunehmen und der Erledigung zuzuführen?

3. Ist endlich der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß diesen Beratungen Vertreter der nationalpolitischen Abteilung der steirischen Landesregierung und Vertreter der Grenzbevölkerung beigezogen werden, auf daß jene Stellen, welche mit den Grenzverhältnissen vertraut und unmittelbar durch sie berührt sind, Gelegenheit finden, die Wünsche der steirischen Grenzbevölkerung zu Gehör zu bringen?

Graz, am 26. April 1923.

Dr. Hübler.

Dr. Eger.

Franz Winkler.

Thomas Ferner.

Ingenieur Franz Wigan.

Dr. Kamniker/

Stefi Walter.

Raimund Alder.

Dr. Dantine.

Norbert Kahr.

Dr. Klujemann.

Karl Garfner.

Schreckenthal.